

Politikrelevanz und Handlungsempfehlungen in den Internationalen Beziehungen

Während die Frage nach der Normativität von Forschung fester Bestandteil des Fachdiskurses der Internationalen Beziehungen (IB) ist, wird das Wechselverhältnis zwischen Wissenschaft und Politik seltener reflektiert. Diese Studie versammelt zunächst existierende Modelle zum Thema Politikrelevanz und kommt zu dem Schluss, dass eine angemessene Taxonomie nicht unmittelbar auf deren Argumentationsebene ansetzen darf, sondern die jeweiligen metatheoretischen Prämissen aufdecken muss, um eine bessere Vergleichbarkeit zu ermöglichen. Hierzu wird ein positivistisch-zweckrationaler Handlungsempfehlungsbegriff als Vergleichsfolie entwickelt und geprüft, wie sich zentrale Theorieschulen der IB hierzu positionieren. Im Zuge dessen lässt sich zum einen feststellen, dass sich eine Erweiterung der metatheoretischen Grundpositionen des IB-Diskurses – von einer Dichotomie zwischen Positivismus und Post-Positivismus hin zu einem metatheoretischen Dreieck – als analytisch fruchtbar erweist. Zum anderen drängt sich ein Plädoyer für einen differenzierteren Blick auf Idealvorstellungen von Politikrelevanz auf, da diese mit Einnahme unterschiedlicher theoretischer Blickwinkel stark differieren können.

1. Einleitung: Praxisferne der Wissenschaft?*

Selbst in Zeiten von *post-truth* wird an die Wissenschaft immer wieder der Wunsch nach mehr Beteiligung in öffentlichen Angelegenheiten herangetragen (Illinger 2015) – es scheint Vertrauen zu herrschen in ihre Leitfunktion, vielleicht auch gerade, um besagten Tendenzen der Orientierungslosigkeit entgegenzuwirken. Das verbreitete Bild, insbesondere über die Geistes- und Sozialwissenschaften, suggeriert jedoch, sie hätten zwar das Potenzial und die Aufgabe, verlässliches Wissen zu schaffen, zögen es aber vor, sich – verschanzt »im Elfenbeinturm« – in weltfremden Spekulationen zu ergehen. Sogar aus der Wissenschaft selbst wird dieser Vorwurf wiederholt erhoben und der Rückgang an konkreten Handlungsempfehlungen an die Politik beklagt (Miller 2017: 300). So fand etwa Nicholas Kristofs (2014) Meinungsbeitrag in der *New York Times*, in der er die mangelnde Politikrelevanz des Wissenschaftsbetriebs anprangerte und als Abhilfe unter anderem praxisnähere Fragestellungen, eine stärkere personelle Verflechtung von Politik und Wissenschaft und verständlicher aufbereitete Ergebnisse vorschlug, auch bei vielen WissenschaftlerInnen Beifall.

* Die Verfasser möchten den drei anonymen GutachterInnen danken, die mit ihren konstruktiven Verbesserungsvorschlägen maßgeblich zur jetzigen Form dieses Aufsatzes beigetragen haben.

Bereits ein derart flüchtiger Blick auf das Thema wissenschaftlicher Relevanz (für die Politik) lässt die Vielfalt der dazu vorhandenen Meinungen erahnen. Insbesondere in den Internationalen Beziehungen (IB), wo nicht einmal Einigkeit darüber herrscht, welche Art von Forschung überhaupt rein epistemisch einen Mehrwert darstellt (Wæver 2013: 317), existiert kein Standard, der darüber hinaus auch noch regelte, ob und auf welche Weise Wissenschaft relevant sein muss. Ungeachtet dessen, ob ein solcher wünschenswert wäre, lässt sich feststellen, dass es in der Disziplin sowohl an intensiven Auseinandersetzungen verschiedener Positionen darüber, als auch an tiefergehenden Darstellungen der Problematik aus einer Metaperspektive mangelt.

Dies verweist angesichts der Wichtigkeit dieser Thematik auf eine gravierende Forschungslücke. Da Wissenschaft immer auf eine gewisse Weise gesellschaftlich eingebettet ist, von politischen Entscheidungen abhängt und diese umgekehrt unter Umständen mit beeinflussen kann, berührt die Frage nach der Stellung der For-scherIn zur Politik ihr tägliches Handeln. In der Politikwissenschaft trifft dies umso mehr zu, weil die aus der Forschung gewonnenen Urteile über den Untersuchungsgegenstand eng mit der eigenen Idealvorstellung von Politikrelevanz zusammenhängen. Es ist deshalb das Anliegen dieses Beitrags, systematisch über das Problem der Politikrelevanz in den IB zu reflektieren, indem bestehende Positionen dazu dargestellt, sowie weitere, in verschiedenen Theorieschulen implizit angelegte Konzeptionen herausgearbeitet werden. Um die Vielfalt der Haltungen typologisch erfassen und besser vergleichbar machen zu können, wird dabei jeweils nach den metatheoretischen Voraussetzungen und weiteren Rahmenbedingungen gefragt, die gegeben sein müssen, um die einzelnen Idealvorstellungen zu ermöglichen. Dieser Beitrag regt so nicht nur eine schulenübergreifende Debatte über das anzustrebende Verhältnis von akademischem Wissen und praktischer Politik an, sondern trägt auch dazu bei, Spannungen zwischen den theoretischen Prämissen einer Position und dem tatsächlichen gesellschaftlichen Agieren von WissenschaftlerInnen offenzulegen. Er erweitert außerdem die Diskussion um die Normativität von Forschung um einen zusätzlichen Blickwinkel.

Es werden im Folgenden zunächst die Gemeinsamkeiten und Unterschiede verschiedener (disziplinübergreifender) Ansätze zusammengetragen, die sich explizit dem Erstellen von Modellen zur Förderung von Politikrelevanz widmen (Kapitel 2.1). Wenn diese im Anschluss daran mit einigen Stellungnahmen kritischer Ansätze zum Thema Politikrelevanz kontrastiert werden (Kapitel 2.2), tritt zutage, dass diese nicht nur diametral entgegengesetzt, sondern auch auf einer völlig anderen Ebene argumentieren. Ein umfassendes Modell, welches das Thema Politikrelevanz von allen Seiten erfassen will, kann also die beiden Gruppierungen nicht einfach an die Enden eines Spektrums heften, sondern muss Kategorien entwickeln, die alle Positionen vergleichbar machen und nuancierte Zwischenstufen abbilden können. Dazu wird im weiteren Verlauf der Studie als Ausgangspunkt in Anlehnung an das

erste Lager¹ ein Handlungsempfehlungsbegriff entwickelt, nach dem die Wissenschaft der Politik zuarbeiten soll, indem sie instrumentell umsetzbares Problemlösungswissen liefert (Kapitel 2.3). Es wird dann (Kapitel 3.1) nach Ansätzen der IB gesucht, deren metatheoretische Grundlagen mit einer derartigen Sichtweise vereinbar sind (im Wesentlichen positivistische und moderat-konstruktivistische) und anschließend – sich an diesem engen Verständnis von Politikrelevanz abarbeitend – geprüft, welche alternativen Auffassungen aus weiteren Paradigmen abgeleitet werden können. Dabei schälen sich zwei Arten von Zurückweisung des (so definierten) Handlungsempfehlungsbegriffs heraus: Radikal-konstruktivistische und post-strukturalistische Ansätze (Kapitel 3.2) bezweifeln in erster Linie die Möglichkeit eines derart zweckrational umsetzbaren Wissens, während eine zweite, »ontologisch-normative« Linie (Kapitel 3.3) vor allem die skizzierte Arbeitsteilung zwischen Wissenschaft und Politik als unkritisch zurückweist. Im Rahmen dieser Diskussion wird vorgeschlagen, die gängige Dichotomie von Positivismus und Post-Positivismus durch einen dritten Pol (Kritischer Realismus) zu ergänzen, wodurch auch moralphilosophische Ansätze und klassische kritische Theorien (Marxismus) taxonomisch integriert werden können.

2. Praxisrelevanz und Handlungsempfehlungen

2.1. Charakterisierung des Mainstream-Verständnisses

In der deutschsprachigen Wissenschaft findet der Begriff »Politikrelevanz« nicht sehr häufig Verwendung, auch wenn damit verwandte Aspekte bereits lange diskutiert werden (Habermas 1968a). Die Beiträge, die sich gründlicher mit der Thematik beschäftigen, enthalten oft die normative Forderung, Wissenschaft müsse der Politik nützen, indem sie ihr handlungsrelevante Informationen zukommen lässt (Terhalle 2015). Ähnlich lautet der Tenor im englischsprachigen, vor allem US-amerikanischen Diskurs über die »policy relevance of approaches« (Kurki/Wight 2010: 32), der eine erste Annäherungsmöglichkeit an gängige Auffassungen darstellt. Eine der raren expliziten Definitionen bestimmt (akademische) Politikrelevanz als »the ability to use the scientific method to contribute to policy formulation« (Urpelainen 2013). Hierin stecken zwei Voraussetzungen, die im Zuge dieser Thematik immer wieder vorkommen: Erstens unterscheide sich das akademische Wissen eben durch seine »Wissenschaftlichkeit« von bloßen Alltagsauffassungen, wodurch es geeignet sei, zweckrational »the policies that will achieve given goals« (Nagel 1980: 391) zu bestimmen. Zweitens geht es darum, nützlich für die Politik zu sein (Lapid 2002) und nicht um das Ziel einer autonomen Wissenschaft oder gar

1 Vereinheitlichende Termini wie »Lager« stellen selbstverständlich nur Näherungen dar. Deshalb ist es umso wichtiger, bei derartigen Subsumtionsbegriffen die real immer vorkommenden fließenden Übergänge und Ausnahmefälle mitzudenken, gerade auch bei Strömungen, die nachdrücklich auf ihre Heterogenität insistieren, wie es etwa »der« Poststrukturalismus tut.

um eine (fundamentale) Kritik der politischen Ordnung – der Rahmen ist problemlösungsorientiert und staatszentriert (Fitzgerald et al 2016: 1).

Diese Annahmen können gewissermaßen als Mainstream-Meinung angesehen werden, zumindest insofern, als dass beim Thema »Politikrelevanz« oft nur noch Varianten innerhalb dieses Rahmens diskutiert werden. Ob diese Bezeichnung allerdings wirklich haltbar ist, oder sich nicht doch eine Mehrzahl von Ansätzen finden lässt, die dieses Verständnis – bislang nur disparat und implizit – ablehnt, ist für diese Studie zunächst nicht zentral. Vielmehr geht es ihr darum, die qualitative Bandbreite von Haltungen sinnvoll zu erfassen. Jedenfalls lässt sich dieser – vorerst weiter so bezeichnete – Mainstream nicht in einem fest abgesteckten Feld verorten. Als eigene Subdisziplin lässt sich vielleicht am ehesten die sogenannte »Gap School« (Miller 2017: 301; Tanter 1972: 580-581), mitsamt ihren konstruktiven KritikerInnen begreifen. Sie hat zum Ziel, den (wahrgenommenen) Graben zwischen Wissenschaft und Politik zu überbrücken, auch indem durch verschiedene Initiativen, wie dem *Bridging The Gap Project*, dem *Tobin Project* oder dem *Scholars Strategy Network*, entsprechende Forschung bewusst gefördert wird (Jentleson 2015: 108). Ebenso werden in den *Policy Studies* gezielt Modelle zum Verhältnis der beiden Sphären entwickelt. In vielen Fällen lassen diese sich sehr gut mit dem obigen Verständnis von Nützlichkeit vereinbaren, sind aber tendenziell etwas komplexer, weil sie – eher analytisch als normativ – versuchen, der Realität des *policy*-Prozesses mit seinen vielfältigen Akteursverflechtungen gerecht zu werden (Lancaster et al. 2014; Stone 2012).²

Will man sich diesem verstreuten Mainstream systematisch nähern, liegt zunächst die Frage nahe, wie die Forderung nach Nützlichkeit überhaupt begründet wird. Abgesehen davon, dass dies oft gar nicht geschieht, finden sich verschiedene Argumentationslinien: Es wird zum einen die Zuarbeitungspflicht der Wissenschaft von der Legitimität der sie beauftragenden (demokratisch gewählten) Instanzen hergeleitet (Miller 2017: 301). Zum anderen wird vorgebracht, dass im akademischen Prozess gewonnenes Wissen aufgrund seiner korrekiven Wirkung eingebracht werden müsse (Drezner 2017: 15-16), da es zu »[...] an improvement on the current status quo« (Miller 2017: 311) führe. Schließlich wird betont, tatsächlich erreichte hohe Praxisrelevanz sei immer auch ein Indiz für gute Forschung (Lepgold 1998: 43).

Die an einem gelungenen Politikrelevanz-Prozess beteiligten Akteure und ihr Zusammenspiel lassen sich folgendermaßen charakterisieren: Der Wissenschaft wird

2 Unter anderem wird darin im Anschluss an Jürgen Habermas zwischen technokratischen, dezisionistischen und pragmatischen Modellen über das Verhältnis von Wissenschaft und Politik unterschieden (Kušche 2008: 115-117). Wenn im Folgenden betont wird, dass Nützlichkeit im Sinne des Mainstreams immer auch bedeutet, dass die Politik als Auftraggeber auftritt, weist dies natürlich große Ähnlichkeiten mit dem dezisionistischen Modell auf. Allerdings lässt sich argumentieren, dass sich auch die beiden anderen Varianten (mit kleinen Schwierigkeiten) hierin einbetten lassen: Wenn nach dem technokratischen Modell eher die Wissenschaft der Politik Sachzwänge an die Hand gibt und die pragmatische Sichtweise die Tür zu kritischeren Ansichten öffnet, kann die Politik immer noch entscheiden, wie sie dieses Wissen auf eine für sie nützliche Weise verwertet.

die Aufgabe zuteil, geeignete Mittel (und ihre Kosten) zum Erreichen der von der Politik vorgegebenen Ziele aufzuzeigen und abzuwägen – bzw. bei der Bestimmung der staatlichen Interessen mitzuhelpfen, sofern man annimmt, dass diese nicht offen auf der Hand liegen – und diese Erkenntnisse dann erfolgreich weiterzuvermitteln (Jacobs/Page 2005: 107-108, 119). Sie soll deshalb möglichst eng mit der Politik, der zweiten Hauptakteurin, verzahnt sein (Lepgold 1998: 43-45). Dem liegt oft die implizite Vorstellung eines direkten Austausches zweier Einzelpersonen aus beiden Bereichen zugrunde (Tanter 1972: 556), aber es gibt durchaus Konzeptionen, in denen entweder Produkte wissenschaftlichen Arbeits etwas indirekter, etwa über die Lehre, ins allgemeine Bewusstsein vordringen, oder Politik weiter, etwa als Öffentlichkeit, gefasst wird (Ostrom 1998: 18; Miller 2017: 301). Auch in diesen Varianten sollen aber letztlich immer noch rationale politische Problemlösungen innerhalb des Status quo gefördert werden und Wissenschaft soll sich entsprechend ausrichten. Als dritter Akteur, der einen reibungslosen Austausch von Wissenschaft und Politik ermöglicht, werden oft Intermediäre wie Thinktanks, Medien oder freie AnalystInnen hervorgehoben (Miller 2017: 313; Lepgold 1998: 47, 54).

Andrew Bennett und John Ikenberry (2006: 652) konzipieren eine ideale Arbeitsteilung dieser Akteure (die angekündigte Definition von Politikrelevanz bleiben sie dabei schuldig), in der ihnen jeweils eine spezifische Art von Wissensgenerierung zugeteilt wird. Allgemeine Theorien und das Lösen von empirischen Rätseln sind demnach das Hauptbetätigungsfeld der Wissenschaft, während fallbezogene Analysen vor allem von den intermediären Instanzen durchgeführt werden und sich schließlich die Aufgabe der Politik auf die Erstellung von Berichten und Regierungsdokumenten beschränkt. Diese Wissenstypen sind hinsichtlich ihrer Konkretheit und unmittelbaren Nützlichkeit abgestuft, aber idealerweise sollen die allgemeineren wissenschaftlichen Erkenntnisse auch dann auf die nachgelagerten Instanzen wirken, wenn sie nicht unmittelbar politische Entscheidungen beeinflussen. Theoretische Grundlagenforschung soll das erste Glied in einer Kette sein, die der Politik zuarbeitet.

Hinsichtlich des Zusammenspiels der Akteure schwingt im Hintergrund die Vorstellung eines »Marktplatzes der Ideen« mit, in dem die Politik als Nachfragerin auftritt und aus einer Vielzahl intellektueller Anschauungen über politische Probleme rational die besten auswählt (Drezner 2017: 14-15), während auf der Angebotsseite der *unique selling point* der Wissenschaft eben in der Wissenschaftlichkeit ihrer Analysen, der der intermediären Instanzen in ihrer größeren Praxisbezogenheit besteht. Die wissenschaftlichen Güter sollen dabei insbesondere irrationale Entscheidungen entlarven und möglichst verhindern. Aber selbst, wenn sich die besten Ideen hierfür durchsetzen, kann es zu Marktversagen kommen, etwa, weil die Politik kein Interesse an diesen vernünftigeren Lösungen zeigt oder sie im medialen Diskurs nicht durchdringen (Kaufmann 2004: 31-32). Die bereits eingangs angeklungene Frage, ob das Angebot der Wissenschaft gut genug ist oder Fehler vielmehr im Verhalten der Nachfrageseite zu finden sind, macht einen Großteil der Differenzen innerhalb des Mainstreams aus (Miller 2017: 311). Es existieren also Meinungsverschiedenheiten über die Art der Schwerpunktsetzungen innerhalb des

oben skizzierten abgestuften Modells, aber beide Seiten sind sich einig, dass Wissenschaft einerseits als eigenständiger Akteur erkennbar bleiben muss und andererseits ihre Produkte grundsätzlich für den Alltagsgebrauch verständlich übersetzbare und verwendbar sein müssen. Keinesfalls darf Wissen als Selbstzweck gelten wollen und sich dieses Nützlichkeitszusammenhangs zu entziehen suchen. Ebenso wenig darf erwartet werden, dass eine Holschuld anderer Akteure besteht, sich dieses Wissen in seiner ganzen Komplexität anzueignen (Adorno 2003: 68).

Nicht nur im Hinblick auf die von der Wissenschaft idealerweise zu erbringenden Güter, sondern auch bezüglich der Eigenschaften dieser Güter lassen sich im Mainstream gewisse Varianzen feststellen. Oft wird politikrelevantes Wissen mit messbarem und modellhaftem gleichgesetzt, durch das Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge offengelegt und so stabile Prognosen über die Konsequenzen verschiedener Handlungen erstellt werden können (Fitzgerald et al. 2016: 1). Bloßes Beschreiben oder Ex-post-Erklärungen bieten aus dieser Sicht, für die die Wirtschaftswissenschaften Vorbild sind (Drezner 2017: 115), kaum praktischen Mehrwert und berauben die Wissenschaft ihrer Überlegenheit über andere Erkenntnisformen. Allerdings gibt es auch hier wieder eine Gegenposition, die sich gegen modelltheoretische Komplexität und eine zu weite Entfernung solcher Analysen von den Problemen der Realität wendet (Bennett/Ikenberry 2006: 651). Sie kann sich dabei auf solche Rückmeldungen aus der Politik stützen, in denen empirische Fallstudien und *policy*-Analysen als am nützlichsten für die Praxis erachtet werden (Avey/Desch 2014: 228).

2.2. Alternative Positionen

Selbstverständlich mangelt es nicht an Stimmen innerhalb der Wissenschaft, die sich an den bis hierher dargestellten Auffassungen stören. Wie erwähnt sind diese aber disparater, greifen nicht einheitlich auf einen bestimmten (Relevanz-)Begriff zurück und ihre Gegnerschaft bleibt meist implizit. Robert Cox' – auf Max Horkheimer (1988) zurückgehende – Unterscheidung zwischen kritischen und problemlösenden Ansätzen stellt dabei noch am ehesten einen Versuch dar, sich gezielt mit dem Relevanzverständnis von Wissenschaft auseinanderzusetzen (Cox 1981: 128-129). Der problemlösende Ansatz wird kritisiert, weil er Einzelprobleme isoliert betrachte und den größeren Zusammenhang, in den sie eingebettet sind, ignoriere. Cox zufolge unterscheiden sich kritische Ansätze hiervon dadurch, dass sie die herrschende Ordnung als Ganzes problematisieren. Statt also einfach hinzunehmen, dass man der Politik zuarbeiten soll, müsste man fragen, wem man auf welche Weise nützlich sein will (Steinmetz 2004: 381), denn »[...] [t]heory is always for someone and for some purpose« (Cox 1981: 128). Gerade die politikwissenschaftlichen Disziplinen, ins Leben gerufen als Produzentinnen von »Herrschaftswissen« (Aden 2013: 59-62), müssten sich, um gute Forschung zu ermöglichen, Distanz zur Politik erst bewusst erkämpfen (Fitzgerald et al. 2016: 2-3). Diese Haltung steht in der Tradition des kritischen Intellektuellen, der es sich zur Aufgabe nimmt, gerade

auch das Staatsinteresse zu hinterfragen, anstatt für dieses angeblich wertfreies Problemlösungswissen zu entwickeln (Chomsky 1967).

Dabei gibt es offensichtlich Differenzen in dem, was als problematische Ordnung ausgemacht wird. Manche sehen die Möglichkeit, auf staatliche Stellen reformerischen Einfluss auszuüben, während andere die Staatsräson grundsätzlich zurückweisen und sich andere Bündnispartner, wie subalterne Gruppen, die Zivilgesellschaft oder das Proletariat suchen (Ostrom 1998: 17). Allerdings werden bisweilen auch diese als zu sehr in einen negativen Funktionszusammenhang eingebettet angesehen, als dass man Hoffnungen in sie setzen könnte (Fitzgerald et al. 2016: 5-7). Gerade dann liegt es nahe, nicht nur die Kooperation mit herrschender Politik zu verweigern, sondern sich allgemein einer Verwertungs- und Publikumsorientierung von Wissen zu widersetzen (Adorno 2003: 68). Die Praktikabilitätserwartung an Wissenschaft wird in dem Fall nicht mehr auf andere Ziele verschoben, sondern suspendiert. Eine weitere Variante, die den Politikrelevanz-Begriff des Mainstreams zurückweist, stellen relativistische Positionen dar, die jede Ordnung als arbiträr begreifen und deshalb herrschende Strukturen und Neutralität prinzipiell verwerfen, ohne aber ein normativ »richtiges« Gegenmodell zu postulieren. Dabei fordern sie von der Wissenschaft, »eine entscheidende strategische Position zu besetzen« (Foucault 2001: 204), um nach dem subjektiven Willen der ForscherInnen Diskurse umzuformen, anstatt unhinterfragt für den Staat technisches Wissen zu produzieren. Damit eng verbunden ist die Kritik an orthodoxen Wissensformen, welche aus dieser Sicht einerseits selbst Machteffekte mit sich bringen (Zuckert 1995: 184-185), und andererseits aufgrund der Offenheit des Sozialen gar nicht so planmäßig implementiert werden können, wie es der Mainstream sich wünscht.

Die Gegenargumente gegen das oben skizzierte Verständnis von Politikrelevanz kritisieren also unter anderem die darin enthaltene Eliten- bzw. Staatshörigkeit, (scheinbare) Wertneutralität, die Nützlichkeitserwartung an Wissenschaft oder den Glauben an die technizistische Wirksamkeit von Wissen. Während diese Positionen zwar häufig zusammenhängen, gibt es unter ihnen aber auch Reibungen (Jones 2004: 119-120). Zudem sind die einzelnen Punkte, wie erwähnt, nicht Teil einer systematischen Auseinandersetzung mit Politikrelevanz, sondern Bestandteile verschiedener anderer Überlegungen, weshalb auch eine explizite Auseinandersetzung mit dem Mainstream ausbleibt, die über die »kritisch-problemlösend«-Dichotomie hinausginge. Es werden nur einzelne darin vorkommende Motive abgelehnt, ohne dass genauer auf interne Problemstellungen und Debatten eingegangen und daraus in kritischer Auseinandersetzung ein alternatives Verständnis entwickelt würde. Umgekehrt schließt der Mainstream die Argumente seiner GegnerInnen bereits a priori aus seinen Überlegungen aus, indem er die Möglichkeit der Kritik an der Nützlichkeitsforderung gar nicht erst erwägt bzw. die Notwendigkeit eines solchen Zusammenspiels mit der Politik kaum begründet. Die Haupterkenntnis für diese Untersuchung besteht jedenfalls darin, dass zum Thema Politikrelevanz bisher entweder sehr in die eigenen Prämissen versunkene, aber gut ausgearbeitete Modelle (Mainstream) oder sehr disparate Argumente (kritische Ansätze) hervorgebracht

wurden.³ Die behandelten Positionen können so zwar als Anhaltspunkt für eine systematische Auseinandersetzung mit dem Problem der Politikrelevanz in den IB dienen, es reicht aber nicht aus, diese einfach als Extrema gegenüberzustellen. Stattdessen soll ein anderer Weg beschritten werden.

2.3. Der Begriff der Handlungsempfehlung als Unterscheidungsmerkmal

Die folgenden Ausführungen dienen dazu, über eine bloße Sammlung von Positionen zum Relevanzproblem hinauszugehen, indem die ganze Bandbreite auch potenzieller Haltungen aufgedeckt wird und diese anhand gemeinsamer Begrifflichkeiten auf eine vergleichbare Ebene gestellt werden. Deshalb wird nicht nach tatsächlich im Diskurs vorkommenden Forderungen, wie sich Wissenschaft zu verhalten habe, oder nach konkreten Politikberatungsmodellen gesucht, sondern es werden aus den metatheoretischen Grundlagen verschiedener IB-Schulen unterschiedliche Relevanzverständnisse abgeleitet. Als Referenzpunkt wird eine Ausgangsdefinition von »Politikrelevanz« eingeführt, die an die skizzierten Vorstellungen des Mainstreams anknüpft und anhand derer dann der Reihe nach geprüft werden kann, welche Ansätze dieser zustimmen und welche sich auf welche Weise daran abarbeiten und dementsprechend ein anderes Verständnis entwickeln.

Um den Begriff der Politikrelevanz nicht vorschnell einseitig zu reservieren, soll als Ausgangspunkt stattdessen der der »Handlungsempfehlung« gewählt werden. Es geht also darum, zu prüfen, welche Positionen analog zum Relevanz-Mainstream durch politische Handlungsempfehlungen (im definierten Sinne) nützlich sein wollen und welche davon abweichenden Vorstellungen politischer Relevanz existieren. *Handlungsempfehlungen werden für den Zweck dieser Untersuchung aufgefasst als von der Wissenschaft geleistete Hilfestellungen bei der Wahl der Mittel, die geeignet sind, um von politischen Akteuren formulierte (vorher von der Wissenschaft gegebenenfalls plausibel gemachte) Ziele zu erreichen. Dabei müssen die jeweiligen Konsequenzen, die aus der Anwendung von vorgeschlagenen Handlungsoptionen erwachsen, möglichst eindeutig dargestellt werden und die Prognosen möglichst verlässlich sein.* Bevor nun an dieser Definition entlang verschiedene Relevanzvorstellungen entwickelt werden, sollen noch einige ihrer Voraussetzungen konkretisiert werden.

Die Definition setzt zwei Arten von Wertneutralität voraus. Die erste bezieht sich auf die politische Ordnung, innerhalb derer Handlungsempfehlungen abgegeben werden. Gleichgültig, ob eine gewisse Distanz gegenüber den politischen Akteuren oder eine möglichst enge Verflechtung mit ihnen als Bedingung dafür erachtet wird, um nützliches Wissen generieren zu können – die Mithilfe bei der Problemlösung

³ Der deutschsprachige Diskurs, der bisher, aufgrund der dominanten Stellung der US-Literatur, weitgehend ausgeklammert wurde, hebt sich im Hinblick auf seine Darstellung von Relevanzmodellen und der Praxis der Politikberatung durch eine tendenziell reflektiertere Haltung ab (vgl. Hellmann 2006; Weingart/Wagner 2015).

innerhalb der politischen Ordnung ist in jedem Fall das Endziel (Avey/Desch 2014: 244-245). Insoweit die politische Ordnung selbst Untersuchungsobjekt ist, ist die Wertneutralität gegenüber den Forschungsgegenständen hier mit inbegriffen. Diese ist aber aus einem weiteren Grund erforderlich: Da die Definition dessen, was als zu lösendes Problem gilt, der Politik obliegt, dürfen keine Werturteile von WissenschaftlerInnen in die Forschung eingehen. Diese kann mit subjektiven Verstehensprozessen unterfüttert sein, um dadurch reichhaltigere Erklärungen zu entwickeln (Weber 2010: 3), doch muss Wissenschaft ohne weltanschauliche Verzerrungen ihren Gegenstand so erfassen, dass er beherrschbar wird (Popper 1973: 35). Neutralität gegenüber der politischen Struktur der Handlungsempfehlung bedeutet dann nicht nur, dass die faktische Entscheidung, wie letztlich auf eine bestimmte politische Herausforderung reagiert wird, jenseits der Wissenschaft liegt, sondern auch, dass die Empfehlung selbst ohne Werturteile auskommen kann, wenn die Konsequenzen bestimmter Handlungsoptionen rein konditional formuliert werden (Ng 1972: 1017). Freilich verzichtet Forschung realiter in den wenigsten Fällen völlig auf Werturteile. Entscheidend ist aber, dass sie hier nicht *nötig* sind und der Primat der Normativität außerhalb des Wissenschaftsbereiches liegt (Walzer 1981: 389).

Die Darstellung der Debatten innerhalb des Mainstream-Lagers hat deutlich zu machen versucht, dass darin Uneinigkeit über das nötige Ausmaß der Abstraktion und der idealen Art von Forschung (mathematische Modelle vs. konkrete Fallstudien) herrscht. Wenn in der Definition von verlässlichen Prognosen die Rede ist, ist diesbezüglich noch keine Entscheidung getroffen. Die Hauptsache ist, dass Empfehlungen bereitgestellt werden, auf die die EntscheiderInnen bei der Problemlösung vertrauen können. Weniger generalisierbares, empirielastiges Wissen kann unter Umständen mehr zu realen Problemstellungen und Handlungsspielräumen sagen als abstrakte Modelle, in denen Politik als abhängige Variable betrachtet wird (Drezner 2017: 119-121). Die Untersuchungsgegenstände müssen aber zumindest so berechenbar sein, dass sie ein Mindestmaß an Prognosefähigkeit ermöglichen (Miller 2017: 307). Zudem müssen sie derart responsiv sein, dass eine durchgeführte Handlung einen Effekt nach sich zieht, und eine entsprechende Empfehlung erst Sinn macht (Kaufman 2006: 85-86). Das erfordert nicht unbedingt eine grundlegende Veränderbarkeit des Problemkontextes, aber eine Handlung (oder ein bewusster Verzicht darauf) sollte zumindest darüber entscheiden können, ob ein Akteur dadurch innerhalb bestehender Strukturen seinen Zielen näherkommt oder nicht.

Einige weitere Rahmenbedingungen müssten erfüllt sein, damit Handlungsempfehlungen abgegeben werden können. Dazu gehört zunächst, dass die entwickelten Ideen Gehör finden können müssen. Hierfür muss eine Diskursstruktur herrschen, die es WissenschaftlerInnen ermöglicht, ihren Rat unverfälscht zum Empfänger zu bringen, wobei dieser auch Verständnis für komplexere Lösungen aufbringt (Drezner 2017: 24-25). Ein erfolgreiches Zusammenspiel zwischen Wissenschaft und Politik erfordert dabei auch, dass erstere Bedingungen vorfindet, die ihr die Produktion von Problemlösungswissen ermöglichen (Bhaskar [1975] 2008: 12-13). Dazu gehören, neben grundlegenden Ressourcen, die Abwesenheit von Zensur und Repressionen. »Kritischere« Empfehlungen, die den unmittelbaren Erwartungen eines

Politikers zuwiderlaufen, dürfen ebenso abgegeben werden, da sie sich unter Umständen zur Problemlösung eignen. Dies gilt jedoch nur, solange sie den Rahmen der Handlungsempfehlungsstruktur selbst nicht infrage stellen. Zudem setzt dieses Verständnis zwar gewisse akademische Freiheiten voraus, hat aber kein Problem damit, (vor allem finanziellen) Druck auf die Wissenschaft auszuüben, um diese zu mehr Politikrelevanz in seinem Sinne zu motivieren (Lepgold 1998: 46-47; Fitzgerald et al. 2016: 2-3).

3. Arten von Politikrelevanz im IB-Diskurs

Um verschiedene, im IB-Diskurs angelegte Positionen zur Politikrelevanz herauszustellen, werden im Folgenden die metatheoretischen Annahmen unterschiedlicher Ansätze mit dem erarbeiteten Handlungsempfehlungsbegriff kontrastiert. Die dabei zutage tretenden Grundtendenzen von Befürwortung, epistemologischer und normativ-ontologischer Ablehnung können dabei mehrere, auch hier nicht behandelte Schulen mit ähnlichen Prämissen abdecken. Gleichwohl geht es nicht darum, ein Relevanzverständnis für jede einzelne Schule zu entwickeln, sondern die Annahmen verschiedener Schulen aus einer einheitlichen Perspektive auf das Thema Politikrelevanz hin zuzuspitzen. Wenn hier also wichtige Ansätze nicht behandelt werden, wäre das nur problematisch, falls diese ein im Folgenden nicht erfasstes Relevanzverständnis in sich bergen würden.

3.1. Befürworter

3.1.1. Positivismus: Neo-Neo-Debatte und rational-choice-Ansätze

Auf der Suche nach Ansätzen, die dem Mainstreamverständnis von Politikrelevanz positiv gegenüberstehen, bietet es sich an, mit den Ansätzen der Neo-Neo-Debatte (abzüglich der dabei am Rande beteiligten marxistischen Positionen, s. Hoffman 1987) zu beginnen. Zum einen war der Neorealismus, der stets mit der Forderung nach Politikrelevanz sympathisiert hat (Mearsheimer/Walt 2013: 436), aktiv in die Debatte involviert. Zum anderen wurden nicht nur Differenzen deutlich, sondern die Debatte markiert zugleich einen *common ground* in Bezug auf das Wissenschaftsverständnis. Betrachtet man die wissenschaftstheoretischen Annahmen von Neorealismus und neoliberaler Institutionalismus (als typischem Vertreter der liberalen Theorieschule), so zeigt sich zunächst, dass die geforderte normative Neutralität den Rahmenbedingungen der Forschung gegenüber gegeben ist (Frieden/Lake 2005). Kenneth Waltz' Denken ist bestimmt von einer »*frank acceptance of the disagreeable side of life*« (Wight/Porter 1991: 16), das heißt, eine etwaige Unzufriedenheit mit der Weltlage nimmt keinen Einfluss auf die Forschung: Der Gegenstand wird betrachtet, wie er vorgefunden wird, und es spricht nichts dagegen, im Sinne

der Handlungsempfehlungsstruktur daraus Lösungen für die Politik zu entwickeln. Auch der neoliberalen Institutionalismus stellt keinen heterodoxen Gegenpol hierzu dar (Ashley 1984: 284). Er schätzt zwar die Chance alternativer Ordnungen höher ein, kommt aber zu dieser Meinung dem Selbstverständnis nach durch eine objektive Analyse (Keohane 1989: 3, 7-11) – keinesfalls folgt daraus die normative Ablehnung einer Beratungstätigkeit für die Regierung.

Was die genaue Position im arbeitsteiligen Modell des Mainstreams angeht, stehen die AutorInnen tendenziell auf der Seite, die die relative Eigenständigkeit von Wissenschaft betont und abstraktere Forschung der Anpassung an kurzfristige Trends vorzieht (Mearsheimer/Walt 2013: 436). Wie gesehen streiten AnhängerInnen des Mainstreams, die mehr unmittelbare Praxisrelevanz fordern, die Notwendigkeit eines Mindestmaßes von Theoretisierung nicht ab, solange dies indirekt dem Problemlösungswissen im engeren Sinne entgegenkommt. Die grundlegende Übersetzbarkeit der Theorien in auf Praxisfragen passende Empfehlungen scheint dabei gegeben zu sein (Waltz 1979: 329-331). Auch der mögliche Einwand der fehlenden Vielseitigkeit greift hier nicht: Wirft man etwa dem Neorealismus vor, er wäre nicht nützlich für die Politik, weil er sich zu sehr auf die Frage der *capabilities* fokussiere, lässt sich dagegen einwenden, dass er dann zumindest auf dem (für ihn entscheidenden) Gebiet Handlungsempfehlungen entwickeln kann. Der institutionelle Rahmen, in dem Handlungsempfehlungen abgegeben werden, wird von den TeilnehmerInnen der Neo-Neo-Debatte also nicht prinzipiell zurückgewiesen.

Mit Blick auf die Zuverlässigkeit des produzierbaren Wissens lässt sich festhalten, dass der Positivismus der beiden Schulen und die Annahme rationaler Akteure (Smith 2002: 70-73) sie auf epistemologischer Ebene davon überzeugt, dass WissenschaftlerInnen Fakten und Werte zu trennen in der Lage sind, was neutrale, problemlösende Prognosen erst möglich macht (Nye 1988: 241). Zudem werden ontologisch Entwicklungen besser vorhersehbar, weil die Handelnden die optimalen Strategien suchen, um ihren (exogen gegebenen) Nutzen zu maximieren bzw. weil sich ihre Entscheidungsspielräume durch die jeweilige systemische Konstellation klar bemessen lassen (Ashley 1984: 258-260). Durch den Einbezug struktureller Faktoren können beide Ansätze Aussagen über längerfristige Trends treffen (Mearsheimer/Walt 2013: 434-435; Keohane 1989: 15), die für die Empfänger von Handlungsempfehlungen einen strategischen Vorteil bringen.

Die Präferenzgebundenheit derartiger Subjekte und ihre Konfrontation mit strukturellen Zwängen des internationalen Systems werfen allerdings die Frage auf, ob diese überhaupt Handlungsempfehlungen benötigen. Dies ist zu bejahen, denn Akteure sind zwar an ihre jeweiligen Präferenzen gebunden, aber sie sind nicht immun gegenüber Ratschlägen, die ihnen zu deren Erfüllung erst verhelfen (Zuckert 1995: 180). Die Aufgabe von Wissenschaft ist es hier also, den Akteuren darzulegen, was unter den gegebenen Umständen die eine, »rationale« Lösung für sie ist. Selbst wenn man aus Sicht einer Schule annähme, dass die Struktur des Systems immer die gleiche Lösung, ohne Ermessensspielraum vorschreibt (also etwa »Immer maximal aufrüsten!«, anstatt »Abwägen, wie stark aufgerüstet werden muss!«), bliebe für die Wissenschaft die Aufgabe, in jeder Handlungsempfehlung anzuraten, dass

sich die Politik an den richtigen Kurs hält. Offen für Ratschläge ist Politik aus Sicht der beiden Ansätze, weil Alternativen ja in nutzenmaximierender Absicht abgewogen werden, nicht quasi-automatisch durch Machtstreben oder moralische Vernunft erfolgen (Keohane 1989: 11).

Eine letzte potenzielle Quelle der Unvereinbarkeit mit der idealtypischen Handlungsempfehlung könnte deren Adressat sein. Der Neorealismus kann sich sinnvollerweise nur an die nationalen, außenpolitisch relevanten Gruppierungen wenden, weil sich hier die einzigen handlungsfähigen Akteure befinden (Waltz 1986: 87-92). Auch wenn dies häufig als Legitimation eines bestimmten politischen Ordnungsmodells kritisiert werden mag (Ashley 1984: 231-232, 239), handelt es sich für den Neorealismus also dabei nicht um eine normative Frage, da andere Empfänger von Handlungsempfehlungen gar nicht existieren. Auch eine potenzielle Erweiterung des Adressatenkreises im neoliberalen Institutionalismus steht der vorliegenden Definition nicht im Weg, solange nicht ausgeschlossen wird, dass man problemlos Institutionen des Status quo zuarbeiten darf. Deshalb lässt sich festhalten, dass die TeilnehmerInnen der Neo-Neo-Debatte ohne große Probleme den vorausgesetzten Begriff der Handlungsempfehlung vertreten können.

Träte zum Beispiel ein Staat A an eine Wissenschaftlerin B heran und fragte danach, wie diese seine Sicherheit am besten garantieren könne, so würden die Antworten zwar unterschiedlich ausfallen – eine Anhängerin des offensiven Realismus würde vermutlich zum Ausbau der eigenen militärischen Machtmittel raten, eine Vertreterin des defensiven Realismus könnte je nach Situation auch empfehlen, sich mit dem gegenwärtigen Zustand zufrieden zu geben und eine neoliberalen Institutionalistenin könnte aufzeigen, dass die Voraussetzungen zur Kooperation mit anderen Staaten gegeben sind – alle wären aber bereit, die an sie herangetragene Nachfrage zu bedienen und überzeugt, das dafür benötigte Wissen (dem eigenen positivistischen Selbstverständnis nach) werturteilsfrei entwickeln zu können.⁴ Das hier und im Folgenden verwendete Beispiel ist selbstverständlich auf einer sehr allgemeinen Ebene gehalten und wird in dieser Form sicher nicht in konkreten Handlungsempfehlungssituationen vorkommen. Seine Funktion ist indes, die Unterschiede der untersuchten Positionen klar zutage treten zu lassen.

Im Zuge der bisherigen Darstellung wurde die Rolle des positivistischen Wissenschaftsverständnisses bei der Zustimmung zum Handlungsempfehlungsbegriff betont, weil es nicht nur die Generierung verlässlichen Wissens fordert, sondern die-

4 Angemerkt sei, dass auch WissenschaftlerInnen der genannten Schulen mitunter aus normativen Erwägungen gewonnene Überzeugungen haben, die ein konkretes politisches Ziel als nicht erstrebenswert erscheinen lassen. Aus deren wissenschaftstheoretischer Position heraus lässt sich aber immer noch feststellen, wie erfolgreich bestimmte Strategien vermutlich sein werden, und es können die resultierenden Konsequenzen aufgezeigt werden. Falls man dann an der geforderten Dienstleisterrolle zweifelt, verweist dies gerade auf eine Spannung zwischen dem eigenen Weltbild und den metatheoretischen (positivistischen) Annahmen, aus denen eine derartige Stellung gegenüber der Politik abgeleitet wird. Diese Fälle verdeutlichen die Notwendigkeit, bei der Frage nach Politikrelevanz nicht nur die Ebene unmittelbarer *policy*-Modelle zu betrachten, sondern sie mit einer metatheoretischen Ebene zu konfrontieren.

ses durch die Trennung von Fakten und Werten auch als rein instrumentelles verständlich wird, das nur dem Erreichen – dem Wissenschaftsprozess äußerlicher – vorgegebener Ziele dient (Zuckert 1995: 180-181). Es soll aber im Folgenden gezeigt werden, dass nicht jeder positivistische Ansatz sofort zum Mainstreamverständnis führt, sondern die jeweiligen Theorien ihn auch entsprechend ausgestalten müssen – ein Blick auf *rational-choice*-Ansätze verdeutlicht, dass das dort zumindest nicht uneingeschränkt der Fall ist.

Auch wenn *rational-choice*-Ansätze normative Implikationen haben, lässt sich bei ihnen, wie bei den Neo-Neo-Ansätzen, die Festlegung, was als zu lösendes Problem gilt, ausklammern (Snidal 2012: 102-103). Probleme könnte es insofern geben, als dass durch die Mikrofundierung dieser Ansätze zwar Einzelinteressen aufaddiert und so Situationen vorhersagt werden sollen, eine Vielzahl von Variablen und Pfadabhängigkeiten derartige Modelle aber zu weit von der Realität entfernt (Ostrom 1998: 16; Pierson 2000: 266). Hier gilt zwar – wie für die Neo-Neo-Ansätze –, dass die abstrakteren Grundlagenmodelle (spätestens von den intermedialen Instanzen) erst noch für die Praxis fruchtbar gemacht werden könnten, doch *rational-choice*- und vergleichbar quantifizierende Ansätze hängen aufgrund ihrer metatheoretischen Annahmen stärker an mathematisch eindeutigen Darstellungsformen, was die Umsetzbarkeit für Praxisfragen grundlegend erschwert (Kaufmann 2005: 181-182). Zwar nehmen beide Seiten Abstraktionen vor, doch es macht einen Unterschied, dass die Komplexitätsreduktion bei den *rational-choice*-Ansätzen auf Kosten der Phänomene jenseits der individuellen Ebene geht (Nye 1988: 242, 248). So wird es schwieriger, Staaten und Staatsystem als Faktoren mit eigener Funktionslogik zu integrieren (Moravcsik 1997: 518) und damit überhaupt eine Vorstellung für konkrete politische Probleme zu erlangen. Auch wenn es zu weit führte, diese Ansätze als unvereinbar mit dem Begriff der Mainstream-Handlungsempfehlung zu bezeichnen – dafür liefert der Positivismus zu viele Gemeinsamkeiten – so entstehen durch das (zugegebenermaßen modifizierbare, vgl. Hay 2004: 43-44) enge Nutzenmaximierungsverständnis doch größere Schwierigkeiten, eindeutige Empfehlungen an die politische Praxis zu richten.

3.1.2. *Via media*

Auch wenn konstruktivistische Ansätze häufig in Opposition zu denen der Neo-Neo-Debatte gestellt werden, soll nun gezeigt werden, dass zumindest der *via-media*-Konstruktivismus mit dem Handlungsempfehlungsverständnis vereinbar ist. Alexander Wendt ([1999] 2003: 31, 38-39) hebt selbst seine Nähe zum Neo-Neo-Lager hervor.⁵ Unterschiede bestehen weniger im szientistischen Leitbild als in der

5 Da später auf den Kritischen Realismus eingegangen wird und Wendt sich positiv auf diesen bezieht (Wendt 2003: 47-49, 60), sei kurz erwähnt, dass dieser hier nicht als Kritischer Realist aufgefasst wird. Er lässt sich eher dem *scientific realism* zurechnen (Kurki 2007: 361, Fn. 1), was durchaus dem Positivismus vergleichbare Konsequenzen mit sich bringen kann (Steinmetz 2004: 376).

Ontologie, sodass sich zumindest von der epistemologischen Seite her schon einmal keine Einschränkungen in Bezug auf Handlungsempfehlungen ergeben (Zehfuß 1998: 112). Wendt geht von einer ideengeprägten Ontologie aus (Floyd 2007: 188), in der Akteure nicht rational ihren gegebenen materiellen Interessen folgen, glaubt aber dennoch, dass Prognosen über die Entwicklung der IB möglich sind. Er sieht sich in der Lage, eine unabhängige Beobachterperspektive einzunehmen und »Mastervariablen« zu erarbeiten, mit denen er verlässliches Wissen, etwa über die Entwicklung internationaler Kulturen, bereitstellen kann (Ulbert 2010: 438-439; Wendt [1999] 2003: 343-365).

Dabei folgen seine Diagnosen dem Selbstverständnis nach aus wertneutral gewählten Annahmen, weshalb sich für derartige Ansätze ebenso wenig eine Pflicht zur normativen Intervention durch die Wissenschaft ableiten lässt: Die theoretischen Prämissen betrachtend wird nicht ersichtlich, dass der Konstruktivismus der *via media* Probleme mit dem in der Definition zum Ausdruck kommenden Verständnis von Handlungsempfehlungen haben könnte; weder hinsichtlich der Fähigkeit, diese zu entwickeln, noch bezüglich der Bereitschaft, diese im vorgegebenen Rahmen bereitzustellen. Gestärkt wird dieses Argument durch die Rezeption Wendts in der Mainstream-Literatur der IB. Oft wird sein Ansatz als willkommene Möglichkeit begrüßt, liberale oder realistische Entwürfe mit einem konstruktivistischen Aufsatz zu ergänzen und ihnen so mehr Flexibilität zu verleihen; ein Umstand, der KonstruktivistInnen jenseits der *via media* regelmäßig dazu veranlasst, den Vorwurf der Instrumentalisierbarkeit für positivistische Zwecke zu erheben (Campbell [1992] 1998: 216-218).

Eine moderat konstruktivistische Wissenschaftlerin könnte im obigen Beispiel Staat A folglich raten, – im Falle einer angenommenen kantianischen Kultur – ein freundschaftliches Verhalten sei am besten geeignet, um die Sicherheit von A zu garantieren, da sich in diesem Fall aggressive Versuche, relative Gewinne zu erzielen, als kontraproduktiv erweisen würden. Die ontologisch-idealistischen Elemente der Theorie stehen dem Aussprechen zuverlässiger Empfehlungen also nicht im Wege.

3.2. Epistemologisch begründete Ablehnung

3.2.1. Sozialkonstruktivismus jenseits der *via media*

Anders verhält es sich jenseits der *via media*. Bereits in »Waever's neo-neosynthesis« (Smith 2002: 70) wird zwischen den bisher behandelten Theorieschulen und »reflektivistischen« Ansätzen unterschieden, die ein anderes wissenschaftliches Leitbild verfolgen. Die folgende Darstellung konzentriert sich zunächst auf diejenigen konstruktivistischen Positionen, die aufgrund ihrer post-positivistischen Haltung Wahrheiten in Diskursen und nicht, wie der Positivismus und Wendts *scientific realism*, in der Welt selbst zu finden glauben (Ashley 1984: 249). Im Anschluss

daran werden ergänzend poststrukturalistische Positionen thematisiert, die ähnlich argumentieren, aber ein stärkeres kritisches Moment aufweisen.

»Konsistente« Konstruktivismen eint die Annahme, dass Menschen sich durch den intersubjektiven Austausch ihrer Interpretationen der Welt verständigen (Zehfuß 1998: 124; von Glaserfeld 1997: 33-34). Ein positivistisches Kausalitätsdenken wird folglich verworfen (Kratochwil 2008: 94), da außerhalb des Diskurses stehende materielle Faktoren nur Wirkung entfalten, wenn sie intersubjektive Beachtung finden und deren Wirkungsrichtung je nach Interpretation variieren kann. Die Offenheit performativer Diskurse verhindert so, dass aus vorliegenden Gegebenheiten gesetzmäßig notwendige Folgen aus der »Rationalität« der beobachteten Akteure oder aus Strukturen abgeleitet werden können (Zehfuß 1998: 117; Buzan et al. 1998: 30-31). Die Unsicherheit, die von den Untersuchungsgegenständen selbst ausgeht, wird dadurch verstärkt, dass sich ForscherInnen als Menschen selbst nicht in eine übergeordnete BeobachterInnenperspektive versetzen können, und zudem durch ihr eigenes Wirken Praxis mitkonstituieren (Onuf 1997; Zehfuß 1998: 126).

Letzteres wirft zudem ethische Fragen auf. Dabei bedingt die Annahme von der Konstruktion der Wirklichkeit einen Nominalismus, der moralische Maßstäbe als menschlich produzierte relativiert und Fakten und Werte ineinanderfallen lässt (Smith 2004: 501; Kratochwil 2008: 82-83). Dadurch wird bloß feststellende, wertneutrale Forschung unmöglich, was durchaus einen Ansatzpunkt zur Hinterfragung der Legitimation politischer Macht darstellt (Tickner 1988: 438). Dennoch geht es den meisten VertreterInnen dieser Strömung – ausgehend von der Feststellung, dass positivistisches Wissen zu generieren nicht erstrebenswert ist – eher um die Anwendung »verstehender« Ansätze, als darum, normativ-kritisch Position zu beziehen (Buzan et al. 1998: 30-31).

Eine idealtypische sozialkonstruktivistische Handlungsempfehlung sollte folglich ihr subjektives Erkenntnis- und Gestaltungsinteresse offenlegen und sich nicht der Illusion unparteiischer Forschung hingeben (Onuf 1997: 7-17), was zugegebenermaßen durchaus Konfliktpotenzial in Bezug auf Mainstream-Handlungsempfehlungen birgt. Noch mehr als an der normativen Haltung bezüglich der institutionellen Ordnung scheitert aber eine Vereinbarkeit an der fehlenden Zuversicht des Konstruktivismus, für konkrete Problemfälle einfache Lösungen bieten zu können, die mit hoher Wahrscheinlichkeit das beabsichtigte Ergebnis mit sich bringen.⁶ Oberflächlich betrachtet fiele dies mit dem Skeptizismus einer liberalen Entscheidungstheorie (vgl. oben) zusammen, die die möglichen Handlungsszenarien nicht mehr endlich aufführen und ihnen Eintrittswahrscheinlichkeiten zuordnen kann. *Thick constructivists* würden jedoch darüber hinaus bezweifeln, solche Szenarien über-

6 Dies birgt auch Implikationen für Ansätze in der Friedensforschung, denn »[d]er Wissensstand über Dynamik und Konsistenz von Verursachungsketten für bewaffnete Konflikte ist zu gering, um Vorhersagen über die Wahrscheinlichkeit von deren Auftreten mit der Präzision machen zu können, die Akteure im Bereich der Frühwarnung gerne hätten« (Brzoska 2012: 135). Der grundsätzliche Zweifel an kausalem Erkenntnisgewinn kollidiert also mit dem Anspruch vor allem der traditionellen Friedensforschung, »objektive« Bedingungen für Frieden herauszuarbeiten (Bonacker 2011: 46-78; Brzoska 2012: 130).

haupt trennscharf abbilden, sie kausal aufbauen und ihre Bedeutungen festlegen zu können. Im Beispielfall müsste die Anfrage von Staat A an Wissenschaftlerin B also nicht unbedingt prinzipiell abgelehnt werden. B würde aber antworten, dass eine entsprechende Handlung von A – falls sie überhaupt in dessen Machtbereich liegt, denn Akteursqualität beschränkt sich im Sozialkonstruktivismus nicht auf Staaten (Ulbert 2010: 447-448) – verschiedenste Auswirkungen haben kann, je nachdem, wie diese von anderen Akteuren vor dem Hintergrund Geltung besitzender Regeln und Rollenbilder rezipiert wird.

Eine mögliche »Handlungsempfehlung«, hier unterlegt mit der ethisch motivierten Intention, Feindseligkeiten zwischen Staaten abzubauen, könnte dann etwa lauten, A solle im Dialog mit anderen Staaten Begriffe vermeiden, die sich mit der Realitätsauffassung anderer Akteure nicht vereinbaren lassen (Fattah/Fierke 2009: 67). Dieser Rat ist allerdings nicht mit dem Versprechen auf Erfolg verknüpft – das Problem liegt nach konstruktivistischem Verständnis bereits in dem Problemlösungsanspruch, der in der an B gestellten Nachfrage enthalten ist, und annimmt, Politik lasse sich durch ausgelöste Ursache-Wirkungs-Ketten planmäßig gestalten. Folgt man diesen Argumenten, müsste man sich davon verabschieden, durch problemlösende Handlungsempfehlungen Politikrelevanz anzustreben. Anstatt nach zeit- und kontextunabhängigen Rezepten zu suchen, die ohnehin intellektuell nicht sehr spannend wären (Wæver 2013: 317), könnte man Relevanz in einem anderen Sinne erreichen. Beratung fände dann weniger in einem prognostisch-planerischen Sinne statt. Durch den stärkeren Einbezug von Kontingenz würde im Vergleich zu moderaten Konstruktivismen noch mehr Fokus auf Handlungskontexte gelegt und die ausgesprochenen Empfehlungen nähmen einen anderen Charakter an: Wissen verlöre seine Zweck-Mittel-Form und es trate ein anderes Verständnis von Politikrelevanz in den Vordergrund, das sich mehr auf ein Verstehen gesellschaftlicher Prozesse und damit ihrer höchstens langfristigen und kleinteiligen Veränderung beschränken würde. Das bedeutete zwar eine Abweichung vom definierten Handlungsempfehlungsverständnis, aber wäre keinesfalls gleichzusetzen mit der Annahme von Irrelevanz wissenschaftlicher Tätigkeit.

3.2.2. Poststrukturalismus

Vieles von dem gerade Gesagten trifft ebenso auf den Poststrukturalismus zu, der aber gewisse Eigenarten, vor allem eine dezidierter vertretene normative Position (Tickner 1988: 434-435) aufweist und deshalb kurz gesondert diskutiert werden soll. Um diese Besonderheiten genauer herauszustellen, soll er intern in zwei idealtypische Tendenzen unterteilt werden. Eine Richtung, allen voran Jaques Derrida, leitet ihre Aussagen aus sprachlogischen Überlegungen her. Sie geht dabei über den Strukturalismus Ferdinand de Saussures und Claude Lévi-Strauss' hinaus (Stäheli 2000: 17-19), indem sie Zeichensysteme als flottierend, ohne fixen Nullpunkt begreift (Deleuze 1992: 45). Übertragen auf die Funktionsweise von Gesellschaft folgt daraus, dass das Subjekt sich selbst konstituieren muss, indem es ein »Ande-

res« ausschließt, wobei es diese binäre Unterscheidung ständig zu aktualisieren hat, um seine Identität aufrechtzuerhalten (Stäheli 2000: 23-25, 62). Der Poststrukturalismus tritt gegen diese identitären Abgrenzungsversuche an, weil die daraus resultierenden Dichotomien die Vielfalt sozialer Verhältnisse auf künstliche Gegenpole reduzieren, und das Nichtidentische dabei zumeist hierarchisch abgewertet wird (Sterling-Folker 2006: 159-160). Er reagiert darauf mit der Dekonstruktion derartiger Begriffspaare und ergreift normativ Partei für alles Ausgeschlossene (Campbell 2010: 223).

Für die zweite Richtung steht in erster Linie Michel Foucault. Dessen Aufzeigen der Verwobenheit diskursiver Argumentationsmuster mit Machteffekten wirkt in Teilen fast neomarxistisch, er will aber auf teleologische Aussagen, geschichtsphilosophische Großkategorien und die Annahme materieller Determiniertheit verzichten (Foucault 1973: 182; Stäheli 2000: 12) und setzt stattdessen auf eine stärker epistemologisch inspirierte, genealogische Kritik, die sich an den Perspektivismus Friedrich Nietzsches anlehnt (Nietzsche [1887] 2009: 13-16; Foucault 1973: 182). Wenn sich im Diskurs stets bloß Narrative, nicht die »Wahrheit«, durchsetzen (Foucault [1971] 2002), folgt daraus, dass ForscherInnen Aussagen nur problematisieren und nicht auf objektiv richtige Sachverhalte verweisen können (Sarasin 2008: 106, 111-112; Foucault 2001: 204). Zudem erscheint soziales Geschehen als ständiger Kampf um Diskursmacht, in welchem WissenschaftlerInnen nichts anderes übrigbleibt als den eigenen normativen Idealen entsprechende Narrative einzubringen (Saar 2007: 59, 93). Es gibt also tendenzielle Unterschiede zwischen den beiden Positionen, wobei erstere vorrangig Toleranz und Pluralität einfordert, und die zweite bisweilen »instrumenteller« argumentiert – dieser Riss wird etwa deutlich in der Verteidigung Walter Benjamins »göttlicher Gewalt« durch den Foucaultianer Giorgio Agamben gegen Jacques Derridas Kritik (Agamben 2004: 47-49).

Diese, zugegebenermaßen sehr pointierte Darstellung, sollte verdeutlichen, dass Sozialkonstruktivismus und Poststrukturalismus entscheidende epistemologische Anschauungen teilen und sich die Unterschiede beider Strömungen vor allem daraus ergeben, dass letztere sich auf speziellere ontologische Prämissen und eine explizit kritische normative Positionierung festlegt, wobei dort verschiedene interne Spielarten möglich sind. Obwohl es sich hier nicht um eine genuine IB-Theorie handelt (Kratochwil 2008: 80-81), ist es nicht schwierig, sich einen Begriff davon zu machen, welche Formen die Anwendung der behandelten Ideen auf die Disziplin annehmen kann: Eine poststrukturalistische Auseinandersetzung mit Phänomenen der internationalen Politik zielt vor allem darauf ab, artifizielle nationale Identitäten, Grenzziehungen und andere scheinbar natürliche Konzepte zu problematisieren (Campbell [1992] 1998: 68). Ähnlich wie im Konstruktivismus werden Werturteilsfreiheit, die Objektivität von Fakten oder kausales Denken hinterfragt, jedoch mit einem stärkeren Bezug zu Machtfragen (Smith 2002: 67-69).

Für das gewählte Fallbeispiel bedeutet dies, dass Poststrukturalistin B nicht nur aus epistemologischen Gründen bezweifelt, für Staat A unmittelbar hilfreiche Prognosen aussprechen zu können, sondern stärker die Einbettung des Auftraggebers in Machtverhältnisse und die Rolle von Wissen dabei hinterfragt, das mechanistisch

und mit objektivem Wahrheitsanspruch auftritt. Was hier deutlich geworden sein sollte ist, dass für den Poststrukturalismus, neben der Unmöglichkeit der Formulierung einer problemlösenden Handlungsempfehlung selbst, das Problem der Ordnung stärker in den Fokus rücken muss.

Relevant möchte dieser also ebenfalls nicht im Mainstream-Sinne sein, sondern indem er in kritischer Absicht auf Diskurse einwirkt. Dies umfasst nicht nur die oben skizzierten Interventionen, sondern auch den Wissenschaftsdiskurs selbst, dem er alternative Formen von (dezentralem, subalternem, laienhaftem) Wissen (Weingart 2001: 22) entgegengesetzt. Konsistente PoststrukturalistInnen können dabei nicht annehmen, sie wären in der Lage, das diskursive Chaos planbar zu beeinflussen, aber es macht für sie Sinn, ihre Interventionen zumindest möglichst strategisch wirksam zu platzieren. Auf diese Weise kann die Intention von öffentlichen Beiträgen solcher AutorInnen, wie etwa Agambens Vorschläge (2015) zur Umgestaltung Europas, verstanden werden.

3.3. *Ontologisch-normativ begründete Ablehnung*

Als Zwischenfazit am Ende dieser – sich an der gängigen Unterscheidung von Positivismus und Post-Positivismus entlang abarbeitenden – Darstellung kann festgehalten werden, dass ein mehr oder weniger kontinuierliches Absinken der Zustimmung zum definierten Handlungsempfehlungsmodus in dem Maße stattfindet, in dem sich Positionen von epistemologisch optimistischen Annahmen entfernen. Vor allem am Poststrukturalismus ließen sich auch normative und ontologische Aspekte festmachen, die zu einer ablehnenden Haltung beitragen. Diese resultieren jedoch zumeist ebenfalls aus einem vorausgehenden epistemologisch hergeleiteten Skeptizismus (Smith 2004: 502, 513). Am Fall des Kritischen Realismus soll gezeigt werden, dass es Stimmen gibt, die problemlösende Handlungsempfehlungen aus anderen als hauptsächlich epistemologischen Gründen ablehnen. Sie greifen szientistische Positionen gewissermaßen aus entgegengesetzter Richtung an, nicht indem sie deren Wahrheitsanspruch leugnen, sondern indem sie ihnen vorwerfen, zu wenig (Wahres) über die bestehende Ordnung zu sagen.

Weil der Kritische Realismus – und mit ihm die Erweiterung des Dualismus Positivismus/Post-Positivismus zu einem metatheoretischen Dreieck – noch nicht in den IB etabliert ist, sollen seine Annahmen zunächst gesondert etwas ausführlicher dargelegt werden. Da er als lediglich zuarbeitende Metatheorie auf Konkretisierung durch ontologisch substanzielle Ansätze angewiesen ist, soll dies anschließend anhand moralphilosophischer und marxistischer Positionen exemplifiziert werden. Dabei gilt selbstverständlich, dass jene auch anders als durch den Kritischen Realismus philosophisch fundiert werden können, genauso wie dieser mit weiteren Paradigmen kombiniert werden kann (Joseph 2007: 345-346). Gewählt werden die jeweiligen Positionen nur, weil sich dadurch anschaulich die unterschiedlichen Facetten eines auf kritisch-realistischen Annahmen basierenden Relevanzverständnisses verdeutlichen lassen.

Heikki Patomäki und Colin Wight (2000: 213-216) versuchen die Vorstellung zu überwinden, in den IB stünden sich in erster Linie positivistisch-scientistische und post-positivistisch-reflektivistische Ansätze gegenüber. Jenseits des »Problemfeldes«, innerhalb dessen sich ihnen zufolge beide Lager bewegen, machen sie den Kritischen Realismus als Alternative aus. Um einen problematischen Epistemologie-Primat im IB-Diskurs aufzuzeigen, setzen sie bei David Humes Skeptizismus an, der Wissen auf den Bereich der Erfahrung beschränke und damit Ontologie implizit davon abhängig mache, ob und wie sie dem Menschen erscheint (Hume [1748] 1902: 27-28). In der Folge würden auch nicht messbare Entitäten und Strukturen als Hirngespinste abgetan (Patomäki/Wight 2000: 219-220; Wendt [1999] 2003: 60). Immanuel Kant baue darauf auf, wenn er zwischen einem sinnlichen Reich der Phänomene und der Welt der *Noumena* unterscheidet und auf der Unmöglichkeit des Zugriffes auf das »Ding an sich« insistiert (Kant 1974: 484-485). Für Wight und Patomäki teilen die Ansätze des Problemfeldes einen entsprechenden Anti-Realismus, der die Welt als den Menschen nur erscheinend begreift und auf das menschliche Bewusstsein über sie reduziert (Patomäki/Wight 2000: 220-221). Positivistische Ansätze untersuchen demnach Phänomene wertneutral als »Fakten« und glauben, dass sie daraus stabile Zusammenhänge und somit auch sicheres Wissen gewinnen können, beschränken dieses aber auf registrierbare Sinnesdaten und logische Operationen (Giedymin 1975: 283). Entgegen der üblichen Wahrnehmung stünden ihnen post-positivistische Ansätze sehr nahe. Diese problematisierten zwar die Zuverlässigkeit von Wissen stärker, indem sie die diskursive, intersubjektive Bedeutungskonstruktion (als neue, instabile Form »empirischer Daten«) an die Stelle der sinnlichen Registratur von positiven Phänomenen setzten, auch sie bänden die Möglichkeit ontologischer Aussagen aber an menschliche Wahrnehmung (Patomäki/Wight 2000: 222-223). Ein Heraustreten aus diesem anthropozentrischen (Bhaskar [1975] 2008: 16, 34) Problemfeld, was Aussagen über Aspekte der Welt ermöglichen würde, die dem Menschen nicht sinnlich erscheinen oder von ihm konstruiert werden, gelänge also nur über eine ontologische Position, die darüber hinausgehende Spekulationen erlaubt.

Der Kritische Realismus Roy Bhaskars stellt eine Metatheorie mit genau diesem Anspruch dar. Bhaskar versucht, aus der Analyse naturwissenschaftlicher Praxis rektivativ Eigenschaften abzuleiten, die die Welt notwendig aufweisen muss, damit Wissenschaft in ihr stattfinden kann (Bhaskar [1975] 2008: 29-30; Kurki 2007: 364-365). Er unterscheidet im Zuge dessen zum einen zwei Bereiche voneinander: Den intransitiven Bereich, dem der wissenschaftlichen Objekte, die (relativ) unabhängig von menschlicher Forschung über sie existieren, und den transitiven Bereich, der die Mittel der Wissenschaft als menschliche Aktivität umfasst. Der Graben zwischen den Bereichen *kann* unter passenden Rahmenbedingungen überwunden werden, genauso wie in vielen Fällen gute von schlechten Annäherungsversuchen an die Wahrheit unterscheidbar sind (Bhaskar [1975] 2008: 23-24). Zum anderen schreibt er der Welt eine ontologische »Tiefenstruktur« zu, in der auf einer basalen, »realen« Ebene (nicht wahrnehmbare) kausale Mechanismen existieren. Diese können auf einer weiteren, »aktuallen« Ebene interagieren und Ereignisse her-

vorrufen, und unter Umständen auf einer dritten, »empirischen« Ebene als Phänomene sichtbar werden (Bhaskar [1975] 2008: 13, 56). Da sich in offenen Systemen interagierende Mechanismen blockieren oder in ihrer Wirkung verändern können und nicht alle stattfindenden Ereignisse empirisch wahrnehmbar sind, erschöpft sich die reale Welt nicht in beobachtbaren (oder konstruierten) Phänomenen. Dem Kritischen Realismus zufolge muss es das Ziel von Wissenschaft sein, diese tieferliegenden Strukturen aufzudecken. Bhaskar ist vorsichtig optimistisch, dass dies möglich ist, gerade wenn im transitiven Bereich der Wissenschaft die richtigen Bedingungen herrschen und sich im entsprechenden Gegenstandsbereich kausale Mechanismen isoliert untersuchen lassen (Bhaskar [1975] 2008: 44, 178-179; Patomäki/Wight 2000: 223-224).

Die kritisch-realistische Haltung zu Normativität folgt einer Denklogik, die zwischen den Annahmen des Positivismus und Post-Positivismus changiert. Fakten und Werte werden als nicht strikt voneinander isolierbar, sondern in einem Wechselverhältnis stehend angesehen; dennoch bestehe zwischen ihnen ein ontologischer Unterschied, der epistemologisch feststellbar ist (Patomäki/Wight 2000: 233-234; Gorksi 2013). Fakten würden in der Praxis immer bewertet und erlangten nur durch intersubjektive Prozesse Geltung im Diskurs, allerdings sind Kritische RealistInnen überzeugt davon, dass zum einen die Entstehungsbedingungen von *Werten* historisch *überprüfbar* und zum anderen *Fakten* objektiv *bewertbar* sind. Aus diesen Überzeugungen erwächst die Pflicht, bestehende Verhältnisse auf ihre moralische Richtigkeit hin zu befragen sowie sachlich falsche diskursive Überzeugungen und ihre praktischen Folgen offenzulegen (Patomäki/Wight 2000: 234-235). Die Verschränkung von ontologischen und normativen Fragen besteht dabei sogar weiter, wenn man diese moralische Pflicht zugunsten einer rein wissenschaftlichen Analyse beiseiteschieben wollte: Falls eine bestehende Ordnung den transitiven Bereich behindert, weil sie Interessen über Erkenntnis stellt, Ideologie produziert oder auch ein Desinteresse an wissenschaftlicher Erkenntnis erzeugt, muss sie abgelehnt werden (Bhaskar [1975] 2008: 57). Gerade sozialwissenschaftliche Disziplinen können soziale Gegebenheiten also nicht einfach als neutralen Untersuchungsgegenstand behandeln.

Schon aus diesen Annahmen des Kritischen Realismus lassen sich, auch ohne Verbindung mit konkreten theoretischen Ansätzen, einige Tendenzen bezüglich des Handlungsempfehlungsbegriffs ableiten. Hinsichtlich der Prognosefähigkeit kann man ein ambivalentes Verhältnis konstatieren. Zeitlose Gesetze lassen sich zwar aufgrund der Offenheit der Welt nicht aufstellen und empiristischen Korrelationen kann man nicht uneingeschränkt vertrauen (Bhaskar [1975] 2008: 44, 246), allerdings bedeutet dies nicht, dass der Kritische Realismus den Relativismus der Post-PositivistInnen übernimmt. Er ist sogar überzeugt, »richtigere«, tiefgreifendere Aussagen als der Positivismus treffen zu können, weil er strukturelle Bedingungen von auftauchenden Phänomenen besser erfassen kann, indem er sich nicht auf die Analyse von Sinnesdaten oder Diskursen beschränkt (Collier 1994: 43). Wenn sich die Möglichkeit, Handlungsempfehlungen im definierten Sinne auszusprechen, aus der Perspektive verlässlichen Wissens also bereits als teilweise problematisch er-

weist, so scheitert die Vereinbarkeit mit der Mainstreamhaltung doch vor allem am mangelnden Willen, die Rahmenbedingungen der Wissensproduktion ungeprüft hinzunehmen.

3.3.1. *Moralphilosophische Positionen*

Gerade weil die im Folgenden behandelten, sehr heterogenen moralphilosophischen Positionen weder eine zentrale Rolle im IB-Diskurs einnehmen, noch in ihrem Vorgehen den etablierten Schulen ähneln – Gegebenheiten sollen nicht erklärt, sondern normativ evaluiert werden (Erskine 2013: 36-38, 46-47) – sind sie hier interessant. Obwohl sie weniger über empirische Fragen der IB mitzuteilen haben, kommen in ihnen Annahmen über die Stellung der IB zur Welt zum Ausdruck, die so im Fachdiskurs nicht verhandelt werden. Gewissermaßen als Archetyp kann hier die bereits angesprochene Figur des Intellektuellen gelten, der öffentlich Stellung bezieht und idealtypisch vom Klischee des bloß problemlösenden, technokratischen Naturwissenschaftlers abgrenzbar ist (Habermas 2008: 77-87; Chomsky 1967). Werturteilsfreiheit wird hier kritisiert, sofern sie einem Verständnis von Wissenschaft als rein reaktivem Produktionsapparat entstammt (Habermas 1968b: 309-311), in dem die Gemeinschaft der ForscherInnen zu einem »Geschlecht erfunderischer Zwerge, die für alles gemietet werden können« (Brecht 1962: 126) verkommt (Smith 2004: 503-504).

In der verwendeten Definition wurde vorausgesetzt, dass normative Überlegungen von WissenschaftlerInnen die Untersuchung nicht verzerren dürfen und die Bewertung von Problemen aus dem Forschungsprozess extrahiert werden sollte. Moralphilosophische Positionen erheben zwar nicht (zwangsläufig) den Anspruch, dass sich Handlungen nach dem philosophischen Urteil der Intellektuellen richten müssen, aber es ist sehr wohl deren Aufgabe, über die moralische Richtigkeit verschiedener Handlungsalternativen nachzudenken (Miller 1990: 96) und mit ihrer Arbeit, einem »gift to the people« (Walzer 1981: 389), Orientierung zu geben. Dies steht offenkundig in Widerspruch zu der Prämisse, dass die normative Qualität von Entscheidungen dem Handlungsempfehlungsprozess selbst äußerlich ist, weil sie, der nicht zu hinterfragenden Präferenz politischer EntscheidungsträgerInnen folgend, als bereits getroffen gelten. Damit ist freilich die inhaltliche Dimension von Handlungsempfehlungen nicht betroffen; diese Ansätze verlangen bloß, dass Gegebenheiten einer normativen Prüfung unterzogen werden. Da dies in einem kantianischen Sinne gründlich, aber vorurteilslos geschieht (Derrida 1991: 70), können die Urteile in alle Richtungen gehen.

Wenn man sich moralphilosophische Überlegungen auf dem Feld der IB vor Augen führt – Michael Walzers *just war theory* lässt sich als Paradebeispiel anführen (Walzer 2003: 31-81), aber auch die Englische Schule weist derartige Elemente auf (Knutson 2006: 311-312) – fällt zwar auf, dass es dabei meistens um die Beurteilung konkreter Sachverhalte und weniger um die Begründung der Notwendigkeit einer moralischen Prüfung solcher Sachverhalte an sich geht, aber diese lässt sich

aus ihrem Tun selbst ableiten. Denn es ist eine Bedingung der Möglichkeit solcher Ansätze, dass der Ausschluss normativer Evaluation aus der Wissenschaft und damit auch das Relevanzverständnis des Mainstreams zurückgewiesen wird. Darüber hinaus gibt es natürlich auch Beiträge, die von der Wissenschaft, anstatt bloßer Faktengenerierung, ausdrücklich die Bereitstellung eines Normengerüstes fordern, das moralischen Halt bei empirischen Entscheidungen bietet (Erskine 2013). Auch in der zib-Debatte wurde diese Thematik diskutiert (Hanrieder 2008). Begründet werden solche Verfahren dabei einerseits damit, dass das simple Bearbeiten von Problemen aus einer unbedingten Nützlichkeitsbereitschaft heraus, die von den (unhinterfragten) Auftraggebern an ForscherInnen herangetragen werden, vergisst, dass diese Probleme selbst (ungeprüft) normativ aus einer Status-quo-Orientierung heraus festgelegt werden (Fitzgerald et al. 2016: 6-7). Andererseits wird die Wichtigkeit ethischer Überlegungen im Rahmen des Forschungsprozesses mit Verweis auf schädliche wissenschaftliche Erfindungen und Konzepte betont (Weingart 2001: 33).

Auch wenn moralische Bewertungen nach dem Kritischen Realismus nur einen Teilbereich des Forschungsprozesses ausmachen, besteht doch eine große Schnittmenge zwischen beiden Positionen. Sie stoßen sich an der Struktur der Relevanzvorstellung des Mainstreams, die keine normative Reflexion zulässt (Gorski 2013), wobei die Darstellung moralphilosophischer Überlegungen den normativen Aspekt noch einmal klarer hervortreten ließ. Deshalb würden beide im verwendeten Beispiel dem Staat A antworten, man habe sich nicht unmittelbar der Frage zuzuwenden, wie etwa dessen Sicherheit erhöht werden könnte, sondern müsse erörtern, ob Maßnahmen, die hierfür infrage kommen, richtig wären, oder, grundsätzlicher, ob dessen Ansinnen überhaupt legitim ist. Politikrelevanz müsste für moralphilosophische Ansätze dann anders verstanden werden und bestünde gerade darin, normative Fragen philosophisch zu prüfen.

3.3.2. Marxismus

Während moralphilosophische Positionen und der Kritische Realismus vor allem gemeinsame Motive aufwiesen und letzterer jene eher allgemein in der Begründung ihres Anliegens stützen kann, passen marxistische Ansätze sehr gut in das Schema, in dem der metatheoretische Kritische Realismus die Fundierung abgibt für ein konkreteres Paradigma, das ihn genauer ausgestaltet (Joseph 2007: 345).

Eine zentrale Annahme marxistischer Positionen besagt, dass gesellschaftliche Verhältnisse tendenziell der Logik ihrer materiellen Produktionsverhältnisse folgen und Bewusstseinsformen sich innerhalb der Grenzen der jeweiligen historischen Ordnung bewegen (Marx 1961: 8-9). Auch wenn ein enger Basis-Überbau-Zusammenhang mittlerweile häufig bestritten wird, lassen sich aus dieser Perspektive durch die Untersuchung der materiellen Verhältnisse einer Gesellschaft in manchen Aspekten gewissermaßen »Naturgesetze« über deren langfristige Entwicklung aufstellen (Marx 1962: 12, 89-90; 1974: 578). Gelingt es, durch Kritik herrschender

Ideologien, sich des gesellschaftlichen Seins bewusst zu werden (Goodwin 1962: 385-386), lassen sich durchaus objektive Erkenntnisse über die soziale Welt erzielen. Dabei gilt aber immer, dass diese veränderbar ist und Wissenschaft diese Tendenzen nicht nur vorhersagen, sondern »Theorie zur materiellen Gewalt« (Marx 1981: 385) werden und diese mit vorbereiten muss, damit sich die aufgezeigten Potenziale durch praktisches Tun erst verwirklichen (Marx/Engels 1962: 204-205). Es wird hier also zwar davon ausgegangen, dass prinzipiell richtiges Wissen über die Welt erlangt werden kann, wertneutrales Wissen und ewige Wahrheiten, gerade über kleinteilige gesellschaftliche Phänomene, werden aber verworfen, weil diese zu sehr von den kontingenten Ergebnissen sozialer Kämpfe abhängen.

Deshalb kann dem Positivismus aus marxistischer Sicht vorgeworfen werden, dass er sich bloß auf Oberflächenphänomene einer gegebenen Ordnung, wie sie im Jetzt erscheinen, beschränkt, statt den dahinterliegenden Strukturen nachzugehen, deshalb statisch bleibt und mithin unhistorisch den dialektischen, veränderlichen Charakter des Sozialen negiert (Adorno 1969: 164). Analyse und normative Bewertung sind im Marxismus also eng verflochten, d. h. zur »naturwissenschaftlichen« Analyse gesellschaftlicher Entwicklungen tritt eine humanistische Seite, die im »*kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen*, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist« (Marx 1981: 385) ihren Ausdruck findet. »Wissenschaftlichkeit« verlangt gerade deshalb immer Normativität, weil nur der *wohlwollende* Blick auf mögliche Veränderungen der Wirklichkeit in ihrer Potenzialität gerecht wird (Lukács 1975: 102-103).

Im Unterschied zu radikalkonstruktivistischen bzw. poststrukturalistischen Ansätzen ergibt sich die Abgrenzung zum Positivismus also nicht aus einer epistemologischen, sondern aus einer ontologisch-normativen Logik heraus, die die Welt erfassen und bewerten will, ohne dabei in Epistemen gefangen zu bleiben. Innerhalb gewisser Grenzen wäre es dem marxistischen Selbstverständnis nach möglich, problemlösende Handlungsempfehlungen zu entwickeln. In gewisser Weise könnten sich solche Vorschläge für Akteure des Status quo sogar als nützlicher erweisen als positivistische. Marxistische Ansätze sind zwar weniger auf Kausalmodelle ausgerichtet, die eindeutige Prognosen anstreben, dafür entgehen sie aber der angesprochenen Falle, dass gerade die Aussagen stark formalisierter *rational-choice*-Ansätze oft nur schwer auf reale Situationen anwendbar sind. Der entscheidende Grund, warum Handlungsempfehlungen abgelehnt werden, liegt vielmehr darin, dass marxistische Forschung gar nicht beabsichtigt, problemlösend tätig zu werden – sie bezieht, als originär kritische Theorie, gerade die Ordnung als Ganzes zu problematisieren (Cox 1981: 128-129). B würde A folglich antworten, sie sei gar nicht daran interessiert, ihm behilflich zu sein, sondern im Gegenteil bestrebt, Kräfte zu unterstützen, die eine alternative Ordnung hervorbringen könnten, in welcher derartige Probleme sich gar nicht mehr stellten.

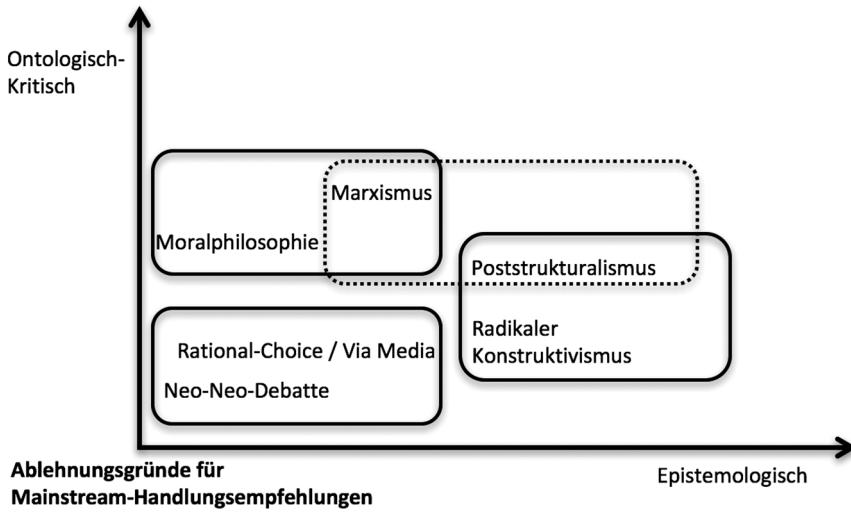
Politikrelevanz bedeutet aus dieser Sicht dann gerade, zur Überwindung von Herrschaft beizusteuern und nicht deren Aufrechterhaltung durch Problemlösung zu betreiben. Dabei soll Wissenschaft in erster Linie zum Verständnis dieser Probleme beitragen und weniger in post-strukturalistischem Sinne strategisch intervenieren,

etwa gar indem sie Ergebnisse verzerrt (Altvater 2012: 13). Das kann auch bedeuten, dass Aufklärung in einem sehr praxisfernen Sinne geleistet wird, weil unmittelbare Handlungsanweisungen für politische Problemlagen ohne die Durchdringung der Verhältnisse verpuffen würden. Diese für die Erkenntnis notwendige Autonomie der Wissenschaft dürfte dann aber auch nicht zum Selbstzweck erhoben werden – vielmehr muss sie sich ihrer Einbettung in die gesellschaftliche Ordnung bewusst sein und vermeiden, zur Ideologieproduzentin für diese Ordnung zu werden (Krahl 1970).

4. Systematisierung und Ausblick

Im Verlauf dieser Studie wurde zunächst, unter Bezugnahme auf verschiedene, disziplinübergreifende Vorstellungen von Politikrelevanz, eine Definition von Handlungsempfehlungen erarbeitet, die in etwa der als Mehrheitsmeinung aufgefassten entsprechen sollte. Demnach sei es die Aufgabe der Wissenschaft, instrumentell umsetzbares Wissen zu produzieren, das der Politik bei der Lösung von Problemen, die diese definiert, hilft. Um das Problem der Politikrelevanz in den IB angemessener darstellen zu können, wurde dieser Arbeitsbegriff mit den metatheoretischen Annahmen einzelner Theorieschulen verglichen. So wurde systematisch hergeleitet, welche Ansätze aus welchen Gründen entsprechende Handlungsempfehlungen anbieten können und wollen, und welche Gegenpositionen existieren, die eine andere Art von Politikrelevanz im Sinn haben. Die dabei gesammelten Positionen lassen sich zusammenfassend in der folgenden Grafik (Abb. 1) abbilden, die freilich viele der in der Analyse diskutierten Details einebnnet, dafür durch ihre Komplexitätsreduktion einen schnellen, vereinfachten Überblick ermöglicht.

Abbildung 1: Überblick über IB-Positionen zu Handlungsempfehlungen



Die beiden Achsen, entlang derer Grund und Grad der Ablehnung des engen Handlungsempfehlungsverständnisses sichtbar werden, ließen sich vereinfacht mit den Schlagworten »Nicht-Können« (epistemologisch) und »Nicht-Wollen« (ontologisch-kritisch) charakterisieren. Je weiter Positionen vom Nullpunkt (keinerlei Gründe, Handlungsempfehlungen abzulehnen) entfernt sind, desto stärker widersprechen sie dem im definierten Handlungsempfehlungsbegriff enthaltenen Verständnis von Politikrelevanz. Die einzelnen Positionen sind nun vergleichbar, weil die Darstellung sie den gleichen Kategorien unterwirft. Darüber hinaus tritt die ganze Bandbreite an Haltungen zum Diskurs über Politikrelevanz hervor. Das vorliegende Schema ließe sich unter Umständen sogar noch erweitern; die hier aufgezeigten Positionen sind aber bereits jetzt nicht nur klarer aufeinander bezogen, sondern auch zahlreicher als das, was eine Analyse der im Fach vorkommenden Aussagen unmittelbar zu Politikrelevanz ergeben würde (vgl. Kapitel 2). Denn diese würde wahrscheinlich zwei Gruppierungen identifizieren und beide anhand der – wenig aussagekräftigen – Etiketten »kritisch-unkritisch« bzw. »nützlich-nicht nützlich« (der Wahrnehmung eines der beiden Lager folgend) einteilen. Stattdessen wurde deutlich gemacht, an welche Voraussetzungen eine »nützliche« Haltung geknüpft ist und aus welchen Gründen sich »kritische« Positionen davon abgrenzen.

Ein weiterer Vorzug dieser Darstellungsform, die die metatheoretischen Grundpositionen der IB auf drei erweitert (von kritisch vs. problemlösend zu positivistisch vs. radikal-konstruktivistisch vs. kritisch-realistisch), besteht darin, dass dadurch die oft unter der Rubrik »Kritische Theorie« vermenigten marxistischen und poststrukturalistischen Positionen (vgl. die gestrichelte Linie in Abb. 1) klarer un-

terschieden werden können. Somit wird verhindert, dass wichtige Differenzen ausgebendet werden, die, wie oben aufgezeigt, ungeachtet aller Gemeinsamkeiten bestehen (Pühretmayer 2010). Im Hinblick auf die Frage der Politikrelevanz würden zudem durch die dichotomische Gegenüberstellung von Kritischer Theorie und ProblemlöserInnen dem »Mainstream« auch zu viele Positionen zugeschlagen (d. h. der gesamte Bereich außerhalb der gestrichelten Linie). So ginge beispielsweise unter, dass weltanschaulich relativ leidenschaftslose Konstruktivismen (Buzan et al. 1998: 35) zwar vielleicht nicht als Kritische Theorie bezeichnet werden können, diese aber aus anderen Gründen dennoch ein Politikverständnis haben, das sich keineswegs als problemlösendes bezeichnen lässt. Auch dieser Gefahr wird durch die hier vorgeschlagene Einteilung begegnet.

Weitere Anwendungsmöglichkeiten lassen sich anhand feministischer Ansätze andeuten. Während diese durch ein gemeinsames Anliegen mehr oder weniger vereint sind, bestehen doch interne metatheoretische, normative und strategische Differenzen, die beispielsweise in Nussbaums (1999) Polemik gegen Butler deutlich zutage treten. Der Umstand, dass der Feminismus (und zahlreiche weitere wichtige Theorieschulen) in der bisherigen Darstellung ausgespart wurden, lässt sich dadurch rechtfertigen, dass seine einzelnen Unterpositionen ohne große Anpassungen in das bestehende Schema integrierbar sind. So würden postmoderne Ausprägungen des Feminismus eher eine epistemologisch begründete Ablehnung des Handlungsempfehlungsbegriffes vorbringen und sich dementsprechend im radikal-konstruktivistischen Lager wiederfinden, während in Bezug auf *standpoint*- oder anderweitig nicht völlig antiessentialistisch gesinnte Feminismen häufig die Passgenauigkeit zu Kritischem Realismus und Marxismus hervorgehoben wird (McCall 2005: 1792-1793). Schließlich lassen sich liberale Varianten aufgrund ihrer metatheoretischen Prämissen tendenziell als BefürworterInnen des Handlungsempfehlungsbegriffes ansehen. Allerdings besteht hier eine gewisse Reibung, da sie sich im Hinblick auf ihren positiven Bezug zum Feminismus dann doch durch einen stärker normativen Standpunkt von anderen Mainstream-Ansätzen unterscheiden. Es zeigt sich hierbei, dass eine nichtreduktionistische Betrachtung des Problems der Politikrelevanz immer sowohl die metatheoretische Grundposition, als auch theorieschulenspezifische Aspekte berücksichtigen muss.

An dieser Stelle soll auf einige terminologische Angelegenheiten zurückgekommen werden. Das Handlungsempfehlungslager wurde bisher als Mainstream bezeichnet. Nach der hier vorgenommenen Ausdifferenzierung wäre – mit Blick auf gängige Lehrinhalte und aktuelle Forschungstrends – zu fragen, ob diese Ansätze überhaupt noch die relative Mehrheit, etwa in der deutschen IB, repräsentieren. Darüber hinaus wäre es hilfreich, vertieft darüber nachzudenken, was es bedeutet, wenn AutorInnen in ihrer tatsächlichen Haltung zu tagespolitischen Fragen von den Prämissen ihrer Ansätze abweichen, oder wenn Ansätze ihren eigenen Relevanzanspruch faktisch nicht erfüllen können. Die dominante Stellung des Mainstream-Lagers ist damit nicht unbedingt zurückgewiesen. Allerdings sollte mit dieser Studie offenkundig werden, dass mindestens zwei alternative Verständnisse von Politikrelevanz im Diskurs angelegt sind, die sich metatheoretisch herleiten lassen. Zumin-

dest ein Monopol auf den Begriff der Politikrelevanz entfällt somit. Die HandlungsempfehlungsvertreterInnen können eine Abweichung von ihrem engen Relevanzverständnis somit nicht einfach als praxisfern oder gar unwissenschaftlich (Tanter 1972: 555) abtun. Die Sinnhaftigkeit verschiedener Vorstellungen von der praktischen Rolle der Wissenschaft müsste stattdessen auf dem Feld ihrer wissenschaftstheoretischen Annahmen debattiert werden. Relevanz dürfte Ansätzen nur abgesprochen werden, wenn deren Prämissen in toto verworfen würden – was aus pluralistischer Sicht problematisch erscheint. Ausgenommen wären hiervon nur Ansätze, die Wissenschaft als reinen Selbstzweck sehen und tatsächlich keinerlei Politikrelevanz anstreben.

In diesen abschließenden Überlegungen klingen bereits einige Vorschläge für weitergehende Studien an. Zusätzlich zu allgemeinen Erweiterungen und Verbesserungen des hier erarbeiteten Modells und einer darauf aufbauenden, noch auszutragenden Debatte zwischen den einzelnen Positionen in Bezug auf Politikrelevanz lässt sich abschließend noch gesondert die Anwendung der gewonnenen Erkenntnisse auf die in Kapitel 2 vorgestellten Positionen als Forschungsdesiderat herausstellen. Das Mainstream-Verständnis von Handlungsempfehlungen könnte mit den eigenen wissenschaftstheoretischen Prämissen und mit denen der Gegenpositionen konfrontiert werden. Beispielsweise ließe sich fragen, was für den Mainstream der Umstand bedeutet, dass die Politik anscheinend eher für Stimmen aus der Wirtschaft als aus der Wissenschaft ein offenes Ohr hat (Jacobs/Page 2005: 120), oder wie sich erklären lässt, dass die Mehrzahl der ForscherInnen zwar politikrelevant sein will, aber ihre Forschung nicht nach der Nachfrage aus der Politik ausrichtet (Avey/Desch 2014: 227-229). Entsprechende Überlegungen ließen sich auch für die in Kapitel 2.2 skizzierten Gegenpositionen anstoßen. Wenn genauer nach verschiedenen Arten von Relevanz unterschieden und ihre jeweiligen Voraussetzungen beachtet würden, ließen sich allgemein Leerstellen und Widersprüche bestehender Positionen leichter erkennen, sowie das Gelingen oder Misslingen von Politikrelevanz-Bestrebungen erklären. Gegenüber Politik und politischer Öffentlichkeit könnte überdies für eine so verstandene Pluralität der IB geworben und unangemessenen Ansprüchen an wissenschaftliche Leistungen effektiver begegnet werden.

Literatur

Aden, Hartmut 2013: Herrschaft und Wissen, in: Aden, Hartmut (Hrsg.): Herrschaftstheorien und Herrschaftspraktiken, Wiesbaden, 55-70.

Adorno, Theodor 1969: *Minima Moralia – Reflexionen aus dem beschädigten Leben*, Siebtes bis elftes Tausend der Gesamtauflage, Frankfurt a. M.

Adorno, Theodor 2003: Kultur und Culture, in: *Bahamas* 43 (Neudruck), 63-68.

Agamben, Giorgio 2004: *Ausnahmezustand*, Frankfurt a. M.

Agamben, Giorgio 2015: Europa muss kollabieren. Interview mit Iris Radisch, in: *Zeit Online*, 10.9.2015, <http://www.zeit.de/2015/35/giorgio-agamben-philosoph-europa-oekonomie-kapitalismus-ausstieg>; 4.4.2018.

Altavater, Elmar 2012: *Marx neu entdecken: Das hellblaue Bändchen zur Einführung in die Kritik der Politischen Ökonomie*, Hamburg.

Ashley, Richard K. 1984: The Poverty of Neorealism, in: International Organization 38: 2, 225-286.

Avey, Paul/Desch, Michael 2014: What Do Policymakers Want from Us? Results of a Survey of Current and Former Senior National Security Decision Makers, in: International Studies Quarterly 58: 2, 227-246.

Bennett, Andrew/Ikenberry, John 2006: The Review's Evolving Relevance for U.S. Foreign Policy 1906-2006, in: American Political Science Review 100: 4, 651-658.

Bhaskar, Roy [1975] 2008: A Realist Theory of Science, New York, NY.

Bonacker, Thorsten 2011: Forschung für oder über den Frieden? Zum Selbstverständnis der Friedens- und Konfliktforschung, in: Schlotter, Peter/Wisotzki, Simone (Hrsg.): Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt a. M., 46-77.

Brecht, Bertolt 1962: Leben des Galilei – Schauspiel, Frankfurt a. M.

Brzoska, Michael 2012: Friedensforschung und Internationale Beziehungen – Lob der Verschiedenheit, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 19: 1, 127-141.

Buzan, Barry/Wæver, Ole/de Wilde, Jaap 1998: Security: A New Framework For Analysis, Boulder, CO.

Campbell, David [1992] 1998: Writing Security – United States Foreign Policy and the Politics of Identity, Überarbeitete Ausgabe, Minneapolis, MN.

Campbell, David 2010: Poststructuralism, in: Dunne, Tim/Kurki, Milja/Smith, Steve (Hrsg.): International Relations Theories – Discipline and Diversity, 2. Auflage, Oxford, 213-237.

Chomsky, Noam 1967: A Special Supplement: The Responsibility of Intellectuals, in: The New York Review of Books, 23.2.1967, <http://www.nybooks.com/articles/1967/02/23/a-special-supplement-the-responsibility-of-intelle/>; 4.4.2018.

Collier, Andrew 1994: Critical Realism: An Introduction to Roy Bhaskar's Philosophy, New York, NY.

Cox, Robert 1981: Social Forces, States and World Orders: Beyond International Relations Theory, in: Millennium 10: 2, 126-155.

Deleuze, Gilles 1992: Woran erkennt man den Strukturalismus?, Berlin.

Derrida, Jacques 1991: Gesetzeskraft – Der »mystische Grund der Autorität«, Frankfurt a. M.

Drezner, Daniel 2017: The Ideas Industry, Oxford.

Erskine, Toni 2013: Normative International Relations Theory, in: Dunne, Tim/Kurki, Milja/Smith, Steve (Hrsg.): International Relations Theories – Discipline and Diversity, 3. Auflage, Oxford, 36-58.

Fattah, Khaled/Fierke Karin 2009: A Clash of Emotions: The Politics of Humiliation and Political Violence in the Middle East, in: European Journal of International Relations 15: 1, 67-93.

Fitzgerald, James/Ali, Nadya/Armstrong, Megan 2016: Editors' Introduction: Critical Terrorism Studies: Reflections on Policy-Relevance and Disciplinarity, in: Critical Studies on Terrorism 9: 1, 1-11.

Floyd, Rita 2007: Reviewed Work: Agents, Structures and International Relations: Politics as Ontology by Colin Wight, in: International Affairs 83: 1, 188.

Foucault, Michel 1973: Archäologie des Wissens, Frankfurt a. M.

Foucault, Michel 2001: In Verteidigung der Gesellschaft, Frankfurt a. M.

Foucault, Michel [1971] 2002: Nietzsche, die Genealogie, die Historie, in: Defert, Daniel/François, Ewald (Hrsg.): Michel Foucault – Schriften in vier Bänden – Dits et Ecrits, Frankfurt a. M., 166-191.

Frieden, Jeffry/Lake, David 2005: International Relations as a Social Science: Rigor and Relevance, in: Pearson, Robert/Sherman, Lawrence (Hrsg.): The Use and Usefulness of the Social Sciences: Achievements, Disappointments, and Promise – The Annals of the American Academy of Political and Social Science 600, 136-156.

Giedymin, Jerzy 1975: Antipositivism in Contemporary Philosophy of Social Science and Humanities, in: The British Journal for the Philosophy of Science 26: 4, 275-301.

Goodwin, Leonard 1962: The Historical-Philosophical Basis for Uniting Social Science with Social Problem-Solving, in: *Philosophy of Science* 29: 4, 377-392.

Gorski, Philip 2013: Beyond the Fact/Value Distinction: Ethical Naturalism and the Social Sciences, in: *Society* 50: 6, 543-553.

Habermas, Jürgen 1968a: Technik und Wissenschaft als Ideologie, Frankfurt a. M.

Habermas, Jürgen 1968b: Analytische Wissenschaftstheorie und Dialektik. Ein Nachtrag zur Kontroverse zwischen Popper und Adorno, in: Topitsch, Ernst (Hrsg.): *Logik der Sozialwissenschaften*, Berlin, 291-311.

Habermas, Jürgen 2008: Ein avantgardistischer Spürsinn für Relevanzen – Die Rolle des Intellektuellen und die Sache Europas, in: *Habermas, Jürgen* (Hrsg.): *Ach, Europa: Kleine Politische Schriften XI*, Frankfurt a. M., 77-87.

Hanrieder, Tine 2008: Moralistische Argumente in den Internationalen Beziehungen – Grenzen einer verständigungstheoretischen »Erklärung« moralischer Debatten, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 15: 2, 161-186.

Hay, Colin 2004: Theory, Stylized Heuristic or Self-fulfilling Prophecy? The Status of Rational Choice Theory in Public Administration, in: *Public Administration* 82: 1, 39-62.

Hellmann, Gunther (Hrsg.) 2006: *Forschung und Beratung in der Wissensgesellschaft: Das Feld der internationalen Beziehungen und der Außenpolitik*, Baden-Baden.

Hoffman, Mark 1987: Critical Theory and the Inter-Paradigm Debate, in: *Millenium* 16: 2, 231-250.

Horkheimer, Max 1988: Traditionelle und kritische Theorie, in: Schmidt, Alfred/Schmid Noerr, Gunzelin (Hrsg.): *Max Horkheimer – Gesammelte Schriften*, Band 4, *Schriften 1936-1941*, Frankfurt a. M., 162-225.

Hume, David [1748] 1902: *An Enquiry Concerning Human Understanding*, Oxford.

Illinger, Patrick 2015: Warum die Forschung Werte schaffen muss, in: *Süddeutsche Zeitung*, 4.1.2015, <http://www.sueddeutsche.de/wissen/forschungskultur-warum-die-forschung-werte-schaffen-muss-1.2286221>; 2.8.2017.

Jacobs, Lawrence/Page, Benjamin 2005: Who Influences U.S. Foreign Policy?, in: *The American Political Science Review* 99: 1, 107-23.

Jentleson, Bruce 2015: The Bridging the Gap Initiative and Programs, in: *Political Science & Politics* 48: S1, 108-114.

Jones, Peter E. 2004: Discourse and the Materialist Conception of History: Critical Comments on Critical Discourse Analysis, in: *Historical Materialism* 12: 1, 97-125.

Joseph, Jonathan 2007: Philosophy and International Relations: A Scientific Realist Approach, in: *Millenium* 35: 2, 345-359.

Kant, Immanuel 1974: Kritik der reinen Vernunft 1, in: Weischedel, Wilhelm (Hrsg.): *Werke*, Band III, Frankfurt a. M.

Kaufman, Stuart 2006: Symbolic Politics or Rational Choice? Testing Theories of Extreme Ethnic Violence, in: *International Security* 30: 4, 45-86.

Kaufmann, Chaim 2004: Threat Inflation and the Failure of the Marketplace of Ideas: The Selling of the Iraq War, in: *International Security* 29: 1, 5-48.

Kaufmann, Chaim 2005: Rational Choice and Progress in the Study of Ethnic Conflict: A Review Essay, in: *Security Studies* 14: 1, 178-207.

Keohane, Robert 1989: *International Relations and State Power: Essays in International Relations Theory*, Boulder, CO.

Knutsen, Tonny 2006: The English School: Sovereignty and International Law, in: Sterling-Folker, Jennifer (Hrsg.): *Making Sense of International Relations Theory*, Boulder, CO, 311-326.

Krahl, Hans-Jürgen 1970: Bemerkungen zum Verhältnis von Kapital und Hegelscher Wesenslogik, in: Negt, Oskar (Hrsg.): *Aktualität und Folgen der Philosophie Hegels*, Frankfurt a. M., 137-150.

Kratochwil, Friedrich 2008: Constructivism: What It Is (Not) and How It Matters, in: Della Porta, Donatella/Keating, Michael (Hrsg.): *Approaches and Methodologies in the Social Sciences – A Pluralist Perspective*, Cambridge, 80-98.

Kristof, Nicholas 2014: Professors, We Need You!, in: *The New York Times*, 15.2.2014, <https://www.nytimes.com/2014/02/16/opinion/sunday/kristof-professors-we-need-you.html>; 4.4.2018.

Kurki, Milja 2007: Critical Realism and Causal Analysis in International Relations, in: *Millennium* 35: 2, 361-378.

Kurki, Milja/Wight, Colin 2010: International Relations and Social Science, in: Dunne, Tim/ Kurki, Milja/Smith, Steve (Hrsg.): *International Relations Theories – Discipline and Diversity*, New York, NY, 14-35.

Kusche, Isabel 2008: Politikberatung und die Herstellung von Entscheidungssicherheit im politischen System, Wiesbaden.

Lancaster, Kari/Ritter, Alison/Colebatch, Hal 2014: Problems, Policy and Politics: Making Sense of Australia's »Ice Epidemic«, in: *Policy Studies* 35: 2, 147-71.

Lapid, Yosef 2002: Being Useful: Policy Relevance and International Relations Theory by Miroslav Nincic and Joseph Lepgold, in: *The Journal of Politics* 64: 1, 324-326.

Lepgold, Joseph 1998: Is Anyone Listening? International Relations Theory and the Problem of Policy Relevance, in: *Political Science Quarterly* 113: 1, 43-62.

Lukács, Georg 1975: Kurze Skizze einer Geschichte der neueren deutschen Literatur, Darmstadt.

Marx, Karl 1961: Zur Kritik der Politischen Ökonomie, in: *Marx-Engels-Werke* (MEW) 13, Berlin, 3-160.

Marx, Karl 1962: Das Kapital – Kritik der politischen Ökonomie – Erster Band, in: *MEW* 23, Berlin.

Marx, Karl 1974: Marx an Ferdinand Lassalle in Berlin, 16.01.1861, in: *MEW* 30, Berlin, 577-579.

Marx, Karl 1981: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, in: *MEW* 1, Berlin, 201-333.

Marx, Karl/Engels, Friedrich 1962: Die heilige Familie oder Kritik der kritischen Kritik – Gegen Bruno Bauer und Konsorten, in: *MEW* 2, Berlin, 3-223.

McCall, Leslie 2005: The Complexity of Intersectionality, in: *Signs: Journal of Women in Culture and Society* 30: 3, 1771-1800.

Mearsheimer, John/Walt, Stephen 2013: Leaving Theory Behind: Why Simplistic Hypothesis Testing is Bad for International Relations, in: *European Journal of International Relations* 19: 3, 427-457.

Miller, Charles 2017: Policy Relevance: A Sceptical View, in: *Australian Journal of International Affairs* 71: 3, 300-314.

Miller, John W. 1990: *The Paradox of Cause and other Essays*, Neuauflage, New York, NY.

Moravcsik, Andrew 1997: Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics, in: *International Organization* 51: 4, 513-553.

Nagel, Stuart 1980: Review: The Policy Studies Perspective, in: *Public Administration Review* 40: 4, 391-396.

Ng, Yew-Kwang 1972: Value Judgments and Economists' Role in Policy Recommendation, in: *The Economic Journal* 82: 327, 1014-1018.

Nietzsche, Friedrich [1887] 2009: *Zur Genealogie der Moral – Eine Streitschrift*, Stuttgart.

Nussbaum, Martha 1999: The Professor of Parody: The Hip Defeatism of Judith Butler, in: *The New Republic* 22, 37-45.

Nye, Joseph 1988: Review: Neorealism and Neoliberalism, in: *World Politics* 40: 2, 235-251.

Onuf, Nicholas 1997: A Constructivist Manifesto, in: Burch, Kurt/Denemark, Robert (Hrsg.): *Constituting International Political Economy*, Band 10, London, 7-17.

Ostrom, Elinor 1998: A Behavioral Approach to the Rational Choice Theory of Collective Action, in: *American Political Science Review* 92: 1, 1-22.

Patomäki, Heikki/Wight, Colin 2000: After Postpositivism? The Promises of Critical Realism, in: International Studies Quarterly 44: 2, 213-237.

Pierson, Paul 2000: Increasing Returns, Path Dependence, and the Study of Politics, in: The American Political Science Review 94: 2, 251-267.

Popper, Karl 1973: Objective Knowledge – An Evolutionary Approach, Oxford.

Pühretmayer, Hans 2010: Zur Kombinierbarkeit von Critical Realism und Poststrukturalismus: Eine Reformulierung der Struktur-Handlungs-Frage, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 39: 1, 9-26.

Saar, Martin 2007: Genealogie als Kritik – Geschichte und Theorie des Subjekts nach Nietzsche und Foucault, Frankfurt a. M.

Sarasin, Philipp 2008: Michel Foucault – Zur Einführung, 3. Auflage, Hamburg.

Smith, Steve 2002: The United States and the Discipline of International Relations: »Hegemonic Country, Hegemonic Discipline«, in: International Studies Review 4: 2, 67-85.

Smith, Steve 2004: Singing Our World into Existence: International Theory and September 11, in: International Studies Quarterly 48: 3, 499-515.

Snidal, Duncan 2012: Rational Choice and International Relations, in: Carlsnaes, Walter/Risse, Thomas/Simmons, Beth (Hrsg.): SAGE Handbook of International Relations, London, 85-111.

Stäheli, Urs 2000: Poststrukturalistische Soziologien, Bielefeld.

Steinmetz, George 2004: Odious Comparisons: Incommensurability, the Case Study, and »Small N's« in Sociology, in: Sociological Theory 22: 3, 371-400.

Sterling-Folker, Jennifer 2006: Postmodernism and Critical Theory, in: Sterling-Folker, Jennifer (Hrsg.): Making Sense of International Relations Theory, Boulder, CO, 157-167.

Stone, Diane 2012: Transfer and Translation of Policy, in: Policy Studies 33: 6, 483-499.

Tanter, Raymond 1972: The Policy Relevance of Models in World Politics, in: The Journal of Conflict Resolution 16: 4, 555-583.

Terhalle, Maximilian 2015: IB-Professionalität als Praxisferne? Ein Plädoyer für Wandel, in: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik 9: 1, 121-138.

Tickner, Ann 1988: Hans Morgenthau's Principles of Political Realism: A Feminist Reformulation, in: Millenium 17: 3, 429-440.

Ulbert, Cornelia 2010: Sozialkonstruktivismus, in: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen, 3. Auflage, Opladen, 427-460.

Urpelainen, Johannes 2013: What Is Policy Relevance, and (How) Should We Reward International Relations Scholars for It?, in: Duck of Minerva, 19.9.2013, <http://duckofminerva.com/2013/09/what-is-policy-relevance-and-how-should-we-reward-international-relations-scholars-for-it.html>; 4.4.2018.

von Glaserfeld, Ernst 1997: Konstruktion der Wirklichkeit und des Begriffs der Objektivität, in: Carl Friedrich von Siemens Stiftung (Hrsg.): Einführung in den Konstruktivismus, 3. Auflage, München.

Wæver, Ole 2013: Still a Discipline After All These Debates?, in: Dunne, Tim/Kurki, Milja/Smith, Steve (Hrsg.): International Relations Theories – Discipline and Diversity, 3. Auflage, Oxford, 306-328.

Waltz, Kenneth 1979: Theory of International Politics, New York, NY.

Waltz, Kenneth 1986: Political Structures, in: Keohane, Robert (Hrsg.): Neorealism and Its Critics, New York, NY, 70-97.

Walzer, Michael 1981: Philosophy and Democracy, in: Political Theory 9: 3, 379-399.

Walzer, Michael 2003: Erklärte Kriege – Kriegserklärungen, Hamburg.

Weber, Max 2010: Wirtschaft und Gesellschaft – Grundriss der Verstehenden Soziologie, Frankfurt a. M.

Wendt, Alexander [1999] 2003: Social Theory of International Politics, Cambridge.

Weingart, Peter 2001: Die Stunde der Wahrheit? – Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft, Weilerswist.

Weingart, Peter/Wagner, Gert (Hrsg.) 2015: Wissenschaftliche Politikberatung im Praxistest, Weilerswist.

Wight, Gabriele/Porter, Brian 1991: The Three Traditions of International Theory, in: *Wight, Martin* (Hrsg.): International Theory. The Three Traditions, London, 7-24.

Zehfusß, Maja 1998: Sprachlosigkeit schränkt ein – Zur Bedeutung von Sprache in konstruktivistischen Theorien, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 5: 1, 109-137.

Zuckert, Catherine 1995: On the »Rationality« of Rational Choice, in: *Political Psychology* 16: 1, 179-198.